

Konzernabschluss und Konzernlagebericht

2024



BAG Bankaktiengesellschaft

Gabelsbergerstr. 1a

59069 Hamm

www.bag-bank.de



**Konzernabschluss und
Konzernlagebericht
der
BAG Bankaktiengesellschaft
2024**

Inhaltsverzeichnis

Seite

Konzernlagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2024	3
Konzernabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft 2024.....	31
- Konzern-Jahresbilanz	32
- Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	34
- Konzernanhang	35
- In den Konzernabschluss 2024 der BAG Bankaktiengesellschaft einbezogene Unternehmen	60
- Kapitalflussrechnung des BAG-Konzerns	61
- Eigenkapitalspiegel des BAG-Konzerns.....	62
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers.....	63
Bericht des Aufsichtsrates.....	75



**Konzernlagebericht
der
BAG Bankaktiengesellschaft
für das Geschäftsjahr
2024**

Konzernlagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2024

1	Grundlagen des Konzerns	5
1.1	Geschäftsmodell der BAG Bankaktiengesellschaft	5
1.2	Ziele und Strategien	6
1.3	Das Steuerungssystem	6
2	Wirtschaftsbericht	6
2.1	Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	6
2.2	Geschäftsverlauf	8
2.3	Projektmanagement	9
2.4	Lage	10
2.4.1	Vermögenslage	10
2.4.2	Ertragslage	12
2.4.3	Finanzlage	13
2.5	Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	14
2.5.1	Finanzielle Leistungsindikatoren	14
2.5.2	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	15
2.5.3	Vergütungssystem der Mitarbeiter	16
3	Prognose-, Chancen- und Risikobericht.....	17
3.1	Prognosebericht	17
3.2	Chancen-/Risikobericht	19
3.2.1	Zielsetzung und Grundlagen des Risikomanagements	19
3.2.2	Deckung der Risikoaktiva durch angemessene Eigenmittel	19
3.2.3	Risikotragfähigkeit	20
3.2.4	Risikoarten und ihre Steuerung	22
3.2.5	Interne Revision	30

1 Grundlagen des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell der BAG Bankaktiengesellschaft¹

Die BAG Bankaktiengesellschaft als Mutterunternehmen versteht sich, unter Berücksichtigung der Geschäftsstrategie, als Spezialkreditinstitut der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken² für die Beratung, Bewertung, Bearbeitung und Übernahme nicht strategischer Assets³ und als Partner für die Mitglieder der Genossenschaftlichen FinanzGruppe sowie als Impuls- und Ideengeber in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe im regulatorischen Umfeld mit nicht strategischen Assets.

Geschäftsgebiet des BAG Bankaktiengesellschaft-Konzerns⁴ ist grundsätzlich die Bundesrepublik Deutschland, ihr Sitz ist in Hamm. Das Mutterunternehmen beschäftigte im Jahresdurchschnitt 98 (Vorjahr: 99) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter⁵ und weitere 63 (Vorjahr: 56) Mitarbeiter in den konsolidierten Tochtergesellschaften. Vertragspartner der BAG Bankaktiengesellschaft sind im Wesentlichen die Mitglieder der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, die nicht strategische Assets von der BAG Bankaktiengesellschaft im Servicing bearbeiten lassen bzw. problembehaftete Kreditforderungen, Immobilien und/oder Beteiligungen auf den BAG-Konzern übertragen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die BAG Bankaktiengesellschaft der Unterstützung von Gesellschaften des BAG-Konzerns, die neben den hierfür im Wesentlichen eingeschalteten Dienstleistungsgesellschaften, welche insbesondere Leistungen in der Immobilienbewertung und -vermittlung sowie im Inkasso erbringen, auch Zweckgesellschaften umfasst. Der BAG-Konzern ist dennoch maßgeblich durch das Mutterunternehmen geprägt, das mit 709,7 Mio. EUR bzw. 93,8 % (Vorjahr: 347,4 Mio. EUR bzw. 89,8 %) zur Konzernbilanzsumme beiträgt.

¹ BAG Bankaktiengesellschaft: im Folgenden auch BAG, BAG-Bank, Bank oder Mutterunternehmen genannt.

² Zur besseren Lesbarkeit wird im weiteren Verlauf des Lageberichtes von der „Genossenschaftlichen FinanzGruppe“ gesprochen.

³ Unter nicht strategischen Assets werden problembehaftete Kreditengagements, Immobilien und Beteiligungen sowie Kreditengagements, deren Fortsetzung unter den Aspekten von Klimaverträglichkeit, Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz gefährdet ist („brown-finance“, „distressed assets“) subsumiert.

⁴ BAG Bankaktiengesellschaft-Konzern: im Folgenden auch BAG-Konzern genannt.

⁵ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und ohne jede Diskriminierungsabsicht wird im weiteren Verlauf des Lageberichts ausschließlich die Form „Mitarbeiter“ genutzt. Mit „Mitarbeiter“ sind alle Geschlechter (m/w/d) gemeint und einbezogen.

1.2 Ziele und Strategien

Der BAG-Konzern mit der Bank als Mutterunternehmen strebt die Bereitstellung einer einwandfreien Produkt- und Dienstleistungsqualität an. Der Nutzen und die Zufriedenheit der Primärbanken mit den Leistungen der BAG Bankaktiengesellschaft stehen im Vordergrund. Ferner besteht das Ziel des Mutterunternehmens einer dauerhaft stabilen Ertragskraft unter der Nebenbedingung eines ausreichenden regulatorischen und ökonomischen Eigenkapitals.

1.3 Das Steuerungssystem

Dem Bereich Unternehmenssteuerung obliegt die gruppenweite Überwachung der wesentlichen betriebswirtschaftlichen Kennziffern, der monatlichen Soll-/Ist-Vergleiche sowie der jährlichen und anlassbezogenen GuV- und Bilanzplanung der BAG Bankaktiengesellschaft und des BAG-Konzerns.

Des Weiteren erfolgt in diesem Bereich durch das Risikocontrolling die Überwachung der banktypischen Risiken. Hierzu verweisen wir im Einzelnen auf die Berichtsschnitte unter 3.2.1 ff.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2024 fiel in Deutschland aus gesamtwirtschaftlicher Sicht abermals schwach aus. Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 %. Bereits im Jahr 2023 war die reale Wirtschaftsleistung aufgrund struktureller und konjunktureller Belastungen etwas zurückgegangen (-0,3 %). Erfreulich ist jedoch, dass die Inflation weiter nachließ. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,2 %, nachdem sie sich 2022 und 2023 noch um hohe 6,9 % und 5,9 % verteuert hatten.⁶

Die zu Jahresbeginn hoffnungsvoll stimmenden Anzeichen für eine spürbare konjunkturelle Erholung verfestigten sich im weiteren Jahresverlauf nicht. Gründe für die bis zum Jahresende andauernde Wirtschaftsflaute waren neben der verhaltenen globalen

⁶ vgl. Rundschreiben des BVR vom 28.01.2025 zur Erstellung der Geschäftsberichte der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Industriekonjunktur auch inländische Strukturprobleme, wie die im internationalen Vergleich hohen Strom- und Gaspreise, der anhaltende Fachkräftemangel, die hohe Bürokratiebelastung und die in weiten Teilen vernachlässigte Verkehrsinfrastruktur. Belastend wirkten auch die hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten – die mit dem Bruch der Ampel-Regierungskoalition in Deutschland und dem Wahlsieg Donald Trumps bei den US-Präsidentschaftswahlen zum Jahresende nochmals zunahmen.⁷

Die Wachstumsschwäche beeinträchtigt zunehmend die Unternehmensstabilität. Infolge dieser Entwicklungen hat das Insolvenzgeschehen zugenommen. Im Jahr 2024 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 24,3 % und erreichte mit 22.400 Fällen den höchsten Stand seit 2015 (23.180 Insolvenzen). Damit liegt die Zahl der Unternehmenspleiten inzwischen deutlich über dem Vor-Corona-Niveau. Bereits im Vorjahr (2023) hatte es mit einem Anstieg um 22,9 % eine zweistellige Zuwachsrate gegeben. Nicht nur Unternehmen stehen vor schwierigen Rahmenbedingungen – auch private Verbraucher sind zunehmend betroffen. Die sich bereits 2023 abzeichnende Trendwende hat sich 2024 weiter verstärkt. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen stieg im Jahr 2024 um 8,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt wurden 72.100 Verfahren registriert – nach 66.450 im Jahr 2023. Der Anstieg ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Verbraucher litten unter deutlich gestiegenen Lebenshaltungskosten und höheren Zinsen, insbesondere für (Anschluss-)Finanzierungen. Zusätzlich verschärfte sich die Situation durch den drastischen Stellenabbau in der Industrie.⁸

Der Immobilienmarkt in Deutschland ist aufgrund der überwiegend immobilienbesicherten Kredite, des Immobilienbestandes der BAG sowie der über den Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 gehaltenen Immobilienfonds von besonderer Bedeutung. Der kräftige Zinsanstieg in den Geschäftsjahren 2022 und 2023 hat die Bewertungen am Immobilienmarkt merklich belastet und das zuvor hohe Interesse an Immobilien schwinden lassen. Die Aussichten bei Gewerbeimmobilien sind weiterhin eingetrübt. Die Perspektiven für Wohnimmobilien fallen deutlich besser aus. Insgesamt ist eine Tendenz der Stabilisierung der Immobilienpreise zu verzeichnen. Die Preise von Wohnimmobilien nahmen im Vergleich zum Abschlussquartal 2023 um 2,1 % zu. Bei

⁷ vgl. Rundschreiben des BVR vom 28. Januar 2025 zur Erstellung der Geschäftsberichte der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

⁸ vgl. Insolvenzen in Deutschland (Jahr 2024) Creditreform (Wirtschaftsforschung) vom 16. Dezember 2024.

Gewerbeimmobilien zeigten sich die Preisentwicklungen im Vergleich zum Abschlussquartal 2023 uneinheitlich. Während sich die Preise für Büroimmobilien um 0,7 % verteuerten, gaben die Preise für Handelsimmobilien um 0,2 % nach.⁹

Auf europäischer Ebene laufen seit geraumer Zeit Bestrebungen, einen Abbau notleidender Kredite bei den Banken zu fördern, um das Banken- und Finanzsystem in der Union zu stärken. Auf Basis des NPL Action Plan sind bereits der NPL-Backstop, die Richtlinie über Kreditdienstleister und Kreditkäufer (samt Abbildung im Kreditzweitmarktförderungsgesetz), die EBA-Guideline zur Problemkreditbearbeitung und die Verordnung zu den NPL Data Templates umgesetzt. Die HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH, eine Dienstleistungsgesellschaft der BAG-Gruppe, verfügt seit Juni 2024 über die Erlaubnis zur Erbringung von Kreditdienstleistungen gem. Kreditzweitmarktgesetz.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung verlief insgesamt günstig und innerhalb der Erwartungen. Die Bilanzbestände haben sich bedingt durch die Übernahme problembehafteter Assets von Primärbanken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe deutlich erhöht.

Innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe waren zwar keine signifikanten Auswirkungen der Multi-Krisen auf das NPL-Geschehen zu verzeichnen. Gleichzeitig hat sich der von den Banken zu Jahresbeginn erwartete Anstieg der NPL-Quoten und NPL-Bestände im Geschäftsjahr 2024 weitgehend materialisiert. Entsprechend hat sich das akquirierte Neugeschäft im Mutterunternehmen im Vorjahresvergleich deutlich erhöht.

Im Segment BAG-Servicing wurden 561 Problemkreditengagements mit einem Bearbeitungsvolumen in Höhe von 253,2 Mio. EUR (Vorjahr: 237 Problemkredite und 153 Mio. EUR) zur Bearbeitung im Rahmen des Outsourcing für die jeweiligen Ortsbanken seitens der Bank übernommen. Mit 18 Beratungen (Erstellung von Abwicklungs- und/oder Sanierungskonzepten und Portfolioanalysen) wurde dieses Segment kundenorientiert ergänzt.

Im Segment BAG-Forderungsankauf der BAG Bankaktiengesellschaft erfolgten Ankäufe von 39 Kreditnehmereinheiten mit einem Kreditvolumen mit Anschaffungskosten

⁹ vgl. vdpResearch vom 10.02.2025.

von 173,9 Mio. EUR sowie Übernahmen von Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 54,9 Mio. EUR (Vorjahr: 62 Forderungsankäufe mit einem Kreditvolumen in Höhe von 23 Mio. EUR).

Die Geschäftsabschlüsse der drei Tochtergesellschaften BAG Wert GmbH, HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH und der VR Inkasso Leasing & Consulting GmbH konnten jeweils gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Im Vertriebsfokus stehen die Akquise interessierter Banken für die Lösungsangebote des BAG-Konzerns und die Stärkung der Partnerschaften mit den aktiven Servicing-banken. Dies wurde durch einen ganzheitlichen Vertriebsansatz, digitale Schnittstellen zwischen der BAG und ihren Kunden und ein medienübergreifendes Marketing unterstützt.

2.3 Projektmanagement

Die Weiterentwicklung des Portalauftritts der BAG-Bank mit dem Ziel, in weiteren Ausbaustufen eine digitale Vertriebsplattform zu schaffen, wird aktuell nicht aktiv weiterverfolgt. Zunächst werden die Nutzerakzeptanz und die weitere Optimierung des VR Bankenportals beobachtet und evaluiert.

Die Umstellung des Mutterunternehmens auf „agree21M365“ (Microsoft M365 der Atruvia) wurde im Jahr 2024 erfolgreich durchgeführt. Nach der technischen Migration wurde mit der Umsetzung der im Rahmen des Teilprojektes „New Work in der Praxis“ erarbeiteten Anpassungen der Kommunikations- und Kollaborationsstrukturen begonnen. Die heutige HCL Notes-Umgebung wird bis Ende 2026 schrittweise abgelöst. Die eigenen Notesanwendungen werden entweder archiviert oder in alternative Anwendungen überführt.

Die Bank hat sich im Jahr 2024 mit der Umsetzung der EU-Verordnung zur Regulierung der Themen Cybersicherheit, IKT-Risiken und digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (DORA) im Rahmen eines Projektes intensiv befasst. Neben den Vorgaben der BaFin wurden hierbei Umsetzungshinweise des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin (BVR) und der Regionalverbände verarbeitet.

Die Weiterentwicklung des Arbeitsumfeldes, die geänderten Arbeitsgewohnheiten und der einhergehende Fachkräftemangel machen eine Anpassung der Arbeitsumgebung an die neuen Arbeitswelten erforderlich. Im Rahmen des Projektes „New Work – auf dem Weg zur neuen Arbeitswelt“ werden Konzepte erarbeitet und verprobt, die in die Gestaltung des Umbaus des Hauptstandortes in Hamm einfließen werden. Ziel ist eine Beteiligung aller Bereiche und Gesellschaften des BAG-Konzerns am Transformationsprozess und Berücksichtigung der Anforderungen an eine nach den New-Work-Prinzipien gestaltete Architektur und Arbeitsumgebung.

2.4 Lage

2.4.1 Vermögenslage

Im Berichtsjahr ergaben sich bedingt durch den Ankauf problembehafteter Assets von Primärbanken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe wesentliche Veränderungen in der Struktur des Vermögens des BAG-Konzerns.

Die Forderungen an Kreditinstitute von 64,0 Mio. EUR (Vorjahr: 54,5 Mio. EUR) betreffen insbesondere Guthaben bei der DZ BANK.

Die Kundenforderungen haben sich insbesondere durch die Übernahme problembehafteter Forderungen um 26,7 Mio. EUR auf 91,1 Mio. EUR erhöht (Vorjahr: 64,4 Mio. EUR). Sofern bei angekauften Forderungen im Rahmen des Übernahme-procederes Wertkorrekturen erforderlich waren, wurden diese von der BVR-SE abgesichert.

Das insgesamt bearbeitete Problemkreditvolumen (einschließlich des Problemkreditvolumens im Servicing) betrug zum Bilanzstichtag 660,1 Mio. EUR (Vorjahr: 306,7 Mio. EUR).

Ein festverzinslicher Wertpapierbestand von 26,1 Mio. EUR (Vorjahr: 25,7 Mio. EUR) von Emittenten bester Bonitäten dient der Erfüllung der bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen.

Außerdem wurden im Vorjahr langfristige nachrangige Pflichtwandelanleihen (AT1-Anleihen) der DZ BANK in Höhe von 20,0 Mio. EUR erworben und dem Anlagevermögen zugeordnet.

Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere nahm bedingt durch die Übernahme von Anteilen an offenen Immobilienfonds in den Spezialfonds

UIN-Fonds Nr. 1138 in Höhe von 251,3 Mio. EUR zu. Dem stehen Abgänge aus Verkäufen von Anteilen am Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930, der hauptsächlich in renten- und geldmarktorientierten Werten investiert ist, mit Buchwerten von 66,3 Mio. EUR gegenüber. Insgesamt nahm der Bestand von 127,3 Mio. EUR auf 311,1 Mio. EUR zu.

Bedingt durch sinkende Immobilienwerte und daraus resultierenden Abschreibungen reduzierten sich die Buchwerte der Beteiligungen im Berichtsjahr um 1,0 Mio. EUR auf 27,4 Mio. EUR. Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen gingen aufgrund von Abschreibungen und Ausschüttungen um 3,1 Mio. EUR auf 1,2 Mio. EUR zurück.

Durch den Erwerb von Immobilien von Primärbanken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe erhöhte sich der Gesamtbestand der Immobilien des BAG-Konzerns zum Bilanzstichtag auf 181,5 Mio. EUR (Vorjahr: 29,7 Mio. EUR). Diese im Berichtsjahr erworbenen und grundsätzlich zum Verkauf vorgesehen Immobilien werden mit 152,7 Mio. EUR unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Der im Sachanlagevermögen ausgewiesene Immobilienbestand beträgt 28,8 Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich deutlich von 12,3 Mio. EUR auf 127,4 Mio. EUR erhöht. Die Erhöhung betrifft mit einem Betrag von 117,6 Mio. EUR Sichteinlagen des BVR, mit denen die Deckungserklärung des BVR für den UIN-Fonds Nr. 1138 bar unterlegt ist.

Die Rückstellungen werden mit einem Betrag von 36,0 Mio. EUR ausgewiesen (Vorjahr: 17,0 Mio. EUR). Der Anstieg betrifft mit 21,8 Mio. EUR Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen aus übernommenen Eventualverbindlichkeiten.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 44,1 % (Vorjahr: 87,5 %) der Bilanzsumme zum Abschlussstichtag.

Hinsichtlich der erforderlichen Angaben nach § 160 Abs. 1 Nr. 2 AktG zum Bestand an eigenen Aktien der BAG Bankaktiengesellschaft wird auf den Konzernanhang verwiesen.

Das vom BVR zur Verfügung gestellte Eigenkapital sowie die Refinanzierungen bei der DZ BANK stellen die wesentlichen Säulen der Kapitalstruktur des Mutterunternehmens dar.

Die BAG Bankaktiengesellschaft ist der Sicherungseinrichtung des BVR angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Darüber hinaus ist die BAG Bankaktiengesellschaft als europäisches CRR-Institut der BVR Instituts-sicherung GmbH angeschlossen.

2.4.2 Ertragslage

Das Ergebnis des BAG-Konzerns ist weiterhin durch die besondere Aufgabenstellung als Spezialkreditinstitut der Genossenschaftlichen FinanzGruppe für die Beratung, Bewertung, Bearbeitung und Übernahme nicht strategischer Assets geprägt. Aufgrund des gestiegenen Kreditvolumens hat sich im Geschäftsjahr 2024 das Zinsergebnis inkl. Laufender Erträge auf 12,1 Mio. EUR (Vorjahr: 7,8 Mio. EUR) erhöht. Zudem kamen die Zinserträge aus der AT1-Anleihe erstmals in voller Höhe zum Tragen.

Im Bewertungsergebnis sind Wertberichtigungen in Höhe von 145,1 Mio. EUR im Wesentlichen für von Primärbanken übernommene Forderungen enthalten, die aufgrund von Deckungserklärungen der BVR-SE ausgeglichen wurden.

Des Weiteren wurden im Berichtsjahr ergebniswirksame Risikovorsorgen für Kundenforderungen, die nicht von der BVR-SE gesichert sind, in Höhe von 13,4 Mio. EUR gebildet, denen Erträge aus der Freisetzung von Einzelwertberichtigungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen in Höhe von 12,5 Mio. EUR gegenüberstehen. Die Erträge aus Verkaufsgewinnen und Zuschreibungen auf die Wertpapiere der Liquiditätsreserve zum Bilanzstichtag belaufen sich auf 2,2 Mio. EUR. Insgesamt konnten saldierte Erträge aus der Forderungs- und Wertpapierbewertung sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von 1,4 Mio. EUR (Vorjahr: 20,3 Mio. EUR) ausgewiesen werden. Im Berichtsjahr sind wie im Vorjahr saldiert nahezu keine ergebniswirksamen Veränderungen der Pauschalwertberichtigungen zu verzeichnen.

Die Abschreibungen auf Beteiligungen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere, die den Finanzanlagen zugeordnet sind, betragen 2,3 Mio. EUR (Vorjahr: 8,6 Mio. EUR).

Der Ergebnisbeitrag des konzerneigenen Immobilienbestandes belief sich im Geschäftsjahr auf 1,9 Mio. EUR (Vorjahr: 4,3 Mio. EUR). Dabei standen den Erträgen aus Mieten, Verkaufsgewinnen und sonstigen Geschäftsvorfällen in Höhe von

7,6 Mio. EUR (Vorjahr: 9,6 Mio. EUR) Aufwendungen aus der Immobilienbewirtschaftung, Abschreibungen, Instandhaltungen und übrige Aufwendungen mit einem Gesamtbetrag von 5,7 Mio. EUR (Vorjahr: 5,2 Mio. EUR) gegenüber.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten unter anderem Erlöse aus Gutachtenerstellungen in Höhe von 4,3 Mio. EUR (Vorjahr: 2,8 Mio. EUR), Immobiliendienstleistungen in Höhe von 3,5 Mio. EUR (Vorjahr: 2,1 Mio. EUR) und Inkassotätigkeiten in Höhe von 2,7 Mio. EUR (Vorjahr: 2,7 Mio. EUR).

Die Personalaufwendungen sind im Geschäftsjahr gestiegen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen dagegen sind gegenüber dem Vorjahr gesunken

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 12,6 Mio. EUR (Vorjahr: 18,0 Mio. EUR) enthalten die Abführung des Jahresergebnisses in Höhe von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr: 9,3 Mio. EUR) für die Bedienung des Besserungsscheins zu Gunsten der BVR-SE. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in Höhe von 3,7 Mio. EUR (Vorjahr 3,5 Mio. EUR) Aufwendungen aus der Immobilienbewirtschaftung und -instandhaltung enthalten.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen liegen mit 1,4 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Der Rückgang des Kreditergebnisses um 18,8 Mio. EUR sowie die gestiegenen Personalaufwendungen um 1,5 Mio. EUR, konnte durch Steigerung des Zins- und Provisionsergebnisses um 5,2 Mio. EUR, die Zunahme der sonstigen betrieblichen Erträge um 1,0 Mio. EUR, der gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 5,4 Mio. EUR sowie der Abnahme der Abschreibungen auf Beteiligungen um 6,3 Mio. EUR, nicht kompensiert werden.

Nach Bedienung des Besserungsscheins, der die Abführung eines handelsrechtlichen Gewinns umfasst, ergibt sich für den BAG-Konzern insgesamt ein Konzernjahresfehlbetrag nach Ergebnis nicht beherrschender Anteile in Höhe von 4,1 Mio. EUR (Vorjahr: 2,6 Mio. EUR).

2.4.3 Finanzlage

Zum Bilanzstichtag beliefen sich die Verbindlichkeiten des Mutterunternehmens gegenüber der genossenschaftlichen Zentralbank auf 252,4 Mio. EUR und die zugesag-

ten, aber nicht ausgenutzten Kreditlinien auf 178,9 Mio. EUR; Kündigungen der Refinanzierungslinie seitens der genossenschaftlichen Zentralbank sind nur außerordentlich möglich.

Die bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kunden der Bank von 127,4 Mio. EUR (Vorjahr: 12,3 Mio. EUR) entfallen mit 117,6 Mio. EUR auf Bareinlagen des BVR und mit 6,5 Mio. EUR auf Einlagen von assoziierten Unternehmen.

Die Zahlungsfähigkeit der Bank war im abgelaufenen Geschäftsjahr stets gegeben. Die monatlichen Bank-Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Geschäftsjahr 2024 einen Wert von mindestens 219 % aus. Zum Bilanzstichtag lag die Stresskennzahl bei 626 % und war im Berichtsjahr stets über dem Mindestwert von 100 %. Die strukturelle Liquiditätsquote NSFR (Net Stable Funding Ratio) lag zum Jahresende bei 107 % in der Bank und war im Geschäftsjahr 2024 stets über der geforderten Marke von 100 %.

Nennenswerte Liquiditätsbelastungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich nicht ergeben.

Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf ausreichende Liquiditätsreserven zurückgreifen. Durch die Verbindung mit der genossenschaftlichen Zentralbank bestehen weitere Steuerungsmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund schätzen wir die Fähigkeit der Bank zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen auch für das kommende Jahr als gesichert ein.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank ist geordnet.

2.5 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren zur Steuerung der Bank und des aufsichtlichen Steuerungskreises stellen die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen Zins- und Provisionsspanne, Personalaufwandsspanne, Sachaufwandsspanne und Bewertungsergebnisspanne dar.

Im Geschäftsjahr 2024 ergaben sich nachfolgende Abweichungen von den Planwerten für diese Kennzahlen:

Zins- und Provisionsspanne 1):

Plan: 3,4 % Ist: 3,0 %

Personalaufwandsspanne 2):

Plan: 3,9 % Ist: 2,7 %

Sachaufwandsspanne 3):

Plan: 2,1 % Ist: 1,1 %

Kreditbewertungsergebnisspanne 4):

Plan: 2,1 % Ist: 0,2 %

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3 zuzüglich GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6 im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

2) GuV-Posten 10a im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

3) GuV-Posten 10b im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

4) GuV-Posten 14 abzüglich GuV-Posten 13 im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

Die Abweichungen von den Planwerten sind im Wesentlichen in der über den Plan gestiegenen durchschnittlichen Bilanzsumme begründet. Die geplante durchschnittliche Bilanzsumme belief sich auf 372,6 Mio. EUR und die tatsächliche durchschnittliche Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2024 auf 567,6 Mio. EUR.

2.5.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Verschiedene Maßnahmen wie z. B. der Aufbau und der kontinuierliche Ausbau eines systematischen betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie die Einführung einer „Kultur-Community“ haben in der Vergangenheit zu einer positiven Entwicklung der Unternehmenskultur im BAG-Konzern beigetragen. Der Erfolg dieser Maßnahmen spiegelt sich in drei Auszeichnungen von Great Place To Work® in den Jahren 2021, und 2022 sowie durch das Arbeitgeberbewertungsportal kununu in den Jahren 2022

bis 2024 (jeweils für das Folgejahr) wider. Zudem wurde die Bank im Jahr 2024 als familienfreundliches Unternehmen in Hamm ausgezeichnet.

Die BAG Bankaktiengesellschaft unterstützt sowohl den Aufbau von Spezialkenntnissen (z.B. über die Akademie Deutscher Genossenschaften, Montabaur (ADG)) als auch die nebenberufliche Fortbildung der Mitarbeiter in Eigeninitiative. In die Fortbildung der Mitarbeiter innerhalb und außerhalb der Genossenschaftlichen Finanz-Gruppe investierte die Bank im Geschäftsjahr 2024 0,3 Mio. EUR.

2.5.3 Vergütungssystem der Mitarbeiter

Die Vergütung der Mitarbeiter des Mutterunternehmens richtet sich grundsätzlich nach dem Manteltarifvertrag und Vergütungstarifvertrag für die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie für die genossenschaftliche Zentralbank. In Einzelfällen gewährt die BAG-Bank über die tariflichen Zahlungen hinausgehende fixe Zulagen. Diese sind im Wesentlichen abhängig von der Erfahrung und der qualifizierten Aufgabenwahrnehmung des Mitarbeiters und in den jeweiligen Anstellungsverträgen geregelt. Daneben gibt es auch außertariflich entlohnte Mitarbeiter.

Negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen im Sinne der Institutsvergütungsverordnung gehen von den fixen und variablen Gehaltsbestandteilen sowie den abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen oder Individualvereinbarungen nicht aus. Im Bereich der Kontrolleinheiten setzt das Mutterunternehmen über das Vergütungssystem keine Anreize, die der Überwachungsfunktion dieser Einheiten zuwiderlaufen könnten. Auch in diesen Bereichen erfolgt die Vergütung nach den gleichen Grundsätzen wie die Nicht-Kontrolleinheiten.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Dieser Abschnitt nebst seinen Unterpunkten ist durch aufsichtsrechtliche Formulierungen geprägt, die neben dem Mutterunternehmen sowie dem handelsrechtlichen BAG-Konzern weitere Gruppierungen, wie den aufsichtsrechtlich geprägten konsolidierten Steuerungskreis¹⁰ oder die Institutsgruppe nach KWG berücksichtigen, die nicht mit den beiden oben beschriebenen Bezeichnungen deckungsgleich sind.

3.1 Prognosebericht

Zum Bilanzstichtag 2025 wird in der steuerungsrelevanten Gruppe mit 730,0 Mio. EUR eine leicht geringere Bilanzsumme im Wesentlichen durch die Rückführung von Kundenforderungen und dem Verkauf von Immobilien erwartet. Dabei sollen freie liquide Mittel durch Akquisition von Neugeschäftsvolumen in den Ankauf von Kundenforderungen investiert werden.

Das akquirierte Neugeschäftsvolumen in der Bank wird unverändert von der wirtschaftlich-konjunkturellen Lage in Deutschland und der Entwicklung der Problemkreditvolumina der Genossenschaftsbanken beeinflusst. Für das Geschäftsjahr 2025 werden im Segment BAG-Servicing 340 Neugeschäftsfälle und ein Volumen in Höhe von 153,0 Mio. EUR, im Segment BAG-Forderungsankauf 20 Neugeschäftsfälle und ein Volumen in Höhe von 10,0 Mio. EUR erwartet.

Ausgehend von den Planungen in der steuerungsrelevanten Gruppe und der nach wie vor bestehenden unbefristeten Besserungsscheinverpflichtung gegenüber der Sicherungseinrichtung des BVR wird für das Geschäftsjahr 2025 ein Verlust in Höhe von 7,2 Mio. EUR erwartet. Die Prognose für das Konzernergebnis liegt unter dem Vorjahresniveau mit 0,3 Mio. EUR Gewinn und beinhaltet erneut eine Rückführung der Besserungsscheinverpflichtung in Millionenhöhe. Ausgehend von den positiven Prognosen des Mutterunternehmens sowie der konsolidierten Tochterunternehmen ist die steuerungsrelevante Gruppe darüber hinaus durch Konsolidierungseffekte geprägt, die das Konzernergebnis negativ werden lassen. Das geplante Betriebsergebnis 2025 wird wesentlich von einem positiven Zins- und Provisionsergebnis, welches die laufenden Erträge aus Beteiligungen beinhaltet, in Höhe von 18,9 Mio. EUR sowie positiven Beiträgen aus dem Bewertungsergebnis in Höhe von 4,0 Mio. EUR beeinflusst. Für

¹⁰ Zur Definition des aufsichtsrechtlich geprägten konsolidierten Steuerungskreis (auch: steuerungsrelevante Gruppe genannt) siehe unter Punkt 3.2.3

das Zins und Provisionsergebnis wird ein Anstieg zwischen 10 % und 15 % gegenüber dem Vorjahr erwartet. Diese Entwicklung basiert auf einem höheren Zinsergebnis, resultierend aus einem höheren Bestand aus Kundenforderungen sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, besseren geplanten laufenden Erträgen aus Beteiligungen sowie steigenden Provisionserträgen. Die Erwartung des positiven Bewertungsergebnisses setzt voraus, dass weiterhin eine stringente Bearbeitung der Kreditportfolios unter Einhaltung der kalkulierten Bearbeitungsfristen und -kosten sowie der Realisierung der kalkulierten Cashflows erfolgt.

Negative Abweichungen von der Ergebnisplanung des Mutterunternehmens für das Geschäftsjahr 2025 können eintreten, wenn das erwartete Bewertungsergebnis aufgrund der derzeit bestehenden Unsicherheiten am Immobilienmarkt oder einer unerwarteten Zinsentwicklung nicht erreicht wird. Darüber hinaus können Ertragspotenziale durch geringere Neugeschäftsabschlüsse fehlen, was insbesondere im Falle einer über den Erwartungen liegenden konjunkturellen Entwicklung in Deutschland eintreten könnte.

Wesentliche Chancen zur Verbesserung unserer Ertragslage sehen wir in der Bank insbesondere bei einer Erledigung der erworbenen Kreditforderungen unterhalb der kalkulierten Bearbeitungslaufzeiten sowie einer schnelleren Erholung des Immobilienmarktes. In den Tochterunternehmen wird mit gesteigerten Bearbeitungsfällen im Inkassobereich und steigendem Gutachtenvolumen gerechnet.

Bei einem steigenden Zins- und Provisionsergebnis wird, bei einer steigenden durchschnittlichen Plan-Bilanzsumme, eine geringere Zins- und Provisionsspanne in Höhe von 2,5 % erwartet. Die Personalaufwandsspanne wird trotz steigendem Personalaufwand mit 2,1 % deutlich unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Außerdem wird mit erwarteten höheren Sachaufwendungen von einer höheren Sachaufwandsspanne in Höhe von 2,9 % ausgegangen. Die Entwicklung des Bewertungsergebnisses führt zu einer prognostizierten Spanne in Höhe von 0,5 %. Sämtliche Entwicklungen beruhen auf der gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegenen durchschnittlichen Bilanzsumme aufgrund des Ankaufs von Risikoaktiva.

3.2 Chancen-/Risikobericht

3.2.1 Zielsetzung und Grundlagen des Risikomanagements

Ziel des Risikomanagementsystems der BAG Bankaktiengesellschaft ist es, die für das Kreditinstitut als relevant und wesentlich erkannten Risiken zu bewerten, zu begrenzen, zu überwachen, zu berichten und somit die Existenz der Bank langfristig zu sichern. Darüber hinaus wird durch das implementierte Risikomanagement auch die frühzeitige Erkennung von Chancen ermöglicht, die als positive Planabweichungen verstanden werden. Diese ergeben sich auf Basis der aktuellen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere aus der Übernahme risikobehafteter Aktiva.

Der Vorstand der BAG Bankaktiengesellschaft hat Rahmenbedingungen für die risikopolitische Ausrichtung in der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. In der Rahmenanweisung des Vorstands zum gruppenweiten Risikomanagement werden in Ergänzung zu den Ausführungen in der Geschäfts- und Risikostrategie Regelungen für das gruppenweite Risikomanagement getroffen sowie Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten festgelegt. Die Methoden und Verfahren sowie die grundsätzlichen organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zum Risikomanagementsystem sind im Risikohandbuch dokumentiert. Funktional sind Risikomanagement und Marktbereich bis auf Vorstandsebene getrennt.

Zur Beurteilung und Berichterstattung der Risikosituation ist ein Berichtswesen installiert, das sowohl turnusmäßige Risikoberichte als auch Ad-hoc-Berichte umfasst. Verantwortlich für die Steuerungs- und Controllingprozesse sowie die Berichterstattung über die Risikosituation ist der Bereich Unternehmenssteuerung, der nicht in das operative Geschäft eingebunden ist.

3.2.2 Deckung der Risikoaktiva durch angemessene Eigenmittel

Ein angemessenes Eigenkapital ist neben einer stets ausreichenden Liquidität die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik. Die Bank verfügte im Geschäftsjahr 2024 stets über die zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erforderliche Eigenmittelausstattung nach CRR II/CRD V und sofern im Geschäftsjahr 2024 bereits anzuwenden nach den Vorgaben von CRR III/CRD VI.

Die anrechenbaren Eigenmittel der Bank belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 252,8 Mio. EUR (Vorjahr: 255,9 Mio. EUR). Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen in Höhe von 922,5 Mio. EUR (Vorjahr: 274,3 Mio. EUR) sind durch anrechenbare Eigenmittel gedeckt.

Für die Institutsgruppe werden anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 327,9 Mio. EUR (Vorjahr: 329,3 Mio. EUR) erreicht. Auch hier sind die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen in Höhe von 982,9 Mio. EUR (Vorjahr: 336,3 Mio. EUR) durch anrechenbare Eigenmittel gedeckt.

Um frühzeitig Maßnahmen zur Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen einleiten zu können, ist ein Kapitalplanungsprozess installiert, der auch im Rahmen von adversen Betrachtungen möglichen Eigenkapitalbedarf aufzeigt.

Die derzeit vorliegenden Berechnungen lassen in allen Szenarien keinen weiteren Eigenkapitalbedarf erkennen.

3.2.3 Risikotragfähigkeit

Unter Risikotragfähigkeit versteht die BAG Bankaktiengesellschaft die Fähigkeit - auch in der steuerungsrelevanten Gruppe - schlagend werdende Risiken aus eigenen Mitteln auffangen zu können; die Risikotragfähigkeit findet ihren quantitativen Ausdruck in der Risikodeckungsmasse.

Die BAG wendet die vermögensorientierte Risikotragfähigkeitskonzeption (ökonomische Perspektive) zu einem in der Risikosteuerung einheitlichem Konfidenzniveau bei Value at Risk-Modellen von 99,9 % bei einem Risikohorizont von 12 Monaten an. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung werden alle wesentlichen Risiken dem barwertig abgeleiteten Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Die barwertige Ableitung des Risikodeckungspotenzials erfolgt anhand der Barwerte von Vermögenspositionen, Verbindlichkeiten und sonstigen Positionen.

Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn die wesentlichen Risiken unter Berücksichtigung von Konzentrationen durch die Risikodeckungsmasse laufend abgedeckt sind. Die Risikodeckungsmasse ist der Anteil am vorhandenen Risikodeckungspotenzial, der tatsächlich zur Deckung von Risiken herangezogen wird. Die Festlegung der Risikodeckungsmasse erfolgt durch den Vorstand und wird auf der Grundlage des ermittelten Risikodeckungspotenzials und unter Berücksichtigung der Risikoneigung des Vorstands vorgenommen.

Die Gegenüberstellung von Risikodeckungsmasse und ermitteltem Risikopotenzial erfolgt separat für die BAG Bankaktiengesellschaft (Einzelinstitutsebene) sowie für die steuerungsrelevante Gruppe (Gruppenebene).

Gegenstand der Risikotragfähigkeitsbetrachtung auf Gruppenebene sind neben dem Einzelinstitut alle direkten und indirekten Beteiligungen der BAG Bankaktiengesellschaft, die dem Steuerungskreis für das Risikomanagement auf Gruppenebene angehören. Hierzu gehören alle Gesellschaften, auf die das Einzelinstitut unmittelbar oder mittelbar gestalterische Einflussmöglichkeiten ausüben kann und die eine Bilanzsumme von über 150 TEUR aufweisen.

Das Risikotragfähigkeitskonzept wird in Einklang mit den aufsichtlichen Vorgaben des von der BaFin veröffentlichten Leitfadens „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und deren prozessualer Einbindung in die Gesamtbanksteuerung („ICAAP“) – Neuausrichtung“ und den Vorgaben des Rundschreibens „Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)“ aufgestellt und umfasst die ökonomische und normative Perspektive.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der Vermögens-/Substanzsituation der Bank weiterhin deutlich gegeben. Die weitere Entwicklung wird fortlaufend intensiv beobachtet.

Die allokierte Risikodeckungsmasse (Gesamtbanklimit) ist zum 31. Dezember 2024 auf Bankebene zu 62,4 % (Vorjahr: 62,8 %) ausgelastet, es wurden keine Limite überschritten.

Zum Bilanzstichtag war die Risikotragfähigkeit auf Gruppenebene bei einem Risikodeckungspotential in Höhe von 336,9 Mio. EUR (Vorjahr: 349,6 Mio. EUR), einer allokierten Risikodeckungsmasse in Höhe von 121,6 Mio. EUR (Vorjahr: 110,0 Mio. EUR) und einer Auslastung in Höhe von 61,4 % (Vorjahr: 63,5 %) deutlich gegeben.

3.2.4 Risikoarten und ihre Steuerung

Die BAG Bankaktiengesellschaft verschafft sich regelmäßig und anlassbezogen einen Überblick über die für sie relevanten Risiken („Gesamtrisikoprofil“). Im Rahmen einer gruppenweiten Risikoinventur wird diesbezüglich geprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertrags- oder die Liquiditätslage der Bank oder der Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 waren folgende Risiken als wesentlich im Sinne der MaRisk definiert:

- Adressenausfallrisiken
 - Kreditnehmerisiko (einschl. Migrationsrisiko)
 - Emittentenrisiko (einschl. Migrations- und Spreadrisiken)
- Marktpreisrisiken
 - Zinsänderungsrisiko (einschl. Zinsspannenrisiko, Zinsbasisrisiko, Kursrisiken aus Wertpapieren)
 - Immobilienwertschwankungsrisiko
- Liquiditätsrisiken
 - Refinanzierungskostenrisiko
- Operationelle Risiken
- Beteiligungsrisiko
 - Wertschwankungsrisiko

Nachhaltigkeitsrisiken werden dabei querschnittlich in den jeweiligen Risikoarten berücksichtigt. Risiken aus den Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930 und UIN-Fonds Nr. 1138 werden seit dem 31. Dezember 2024 nicht mehr als Fondsrisiko, sondern in den originären Risikoarten des Emittenten-, Zinsänderungs- sowie Immobilienwertschwankungsrisiko gemessen.

Auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der Risikotragfähigkeitsberechnung steht für das Limitsystem zur Risikosteuerung eine begrenzte Risikodeckungsmasse zur Verfügung.

Die festgelegte Risikodeckungsmasse stellt die Obergrenze für die Limitierung der Risiken auf Ebene des Einzelinstituts bzw. auf Gruppenebene dar. Die Risikodeckungsmasse wird auf die einzelnen, im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigten Risikoarten herunter gebrochen. Neben den Limiten hat die BAG Bankaktiengesellschaft Warngrenzen in Form einer Ampelsystematik festgelegt.

Die regelmäßige Überwachung der Risiken (Einhaltung und Auslastung der Limitgrenzen) erfolgt anhand der im Standardszenario ermittelten Risikopotenziale.

Im Geschäftsjahr 2024 bewegten sich alle Risikoarten innerhalb der eingeräumten Limite. Der vorhandene Risikopuffer erschien jederzeit ausreichend bemessen.

Entsprechend dem Geschäftszweck sind die Adressenausfall- und Immobilienwertschwankungsrisiken von zentraler Bedeutung für die Bank.

3.2.4.1 Adressenausfallrisiko

3.2.4.1.1 Kreditnehmerrisiko

Dem Geschäftszweck folgend sind die auf die BAG Bankaktiengesellschaft übertragenen Forderungen im Wesentlichen Problemkredite im Sinne der MaRisk. Darüber hinaus umfasst das Kreditportfolio des Mutterunternehmens auch Kreditengagements, die aufgrund einer Wiedergesundung keine Leistungsstörungen mehr aufweisen. Ziel der Steuerung des Adressenausfallrisikos ist daher primär die Vermeidung zusätzlicher Risiken durch eine stringente Bearbeitung der Kreditengagements verbunden mit der Einhaltung der Kalkulationsparameter, der Nutzung zusätzlicher Erlöspotenziale sowie der Ergreifung von Chancen aus sanierungsbegleitenden Maßnahmen.

Es besteht im Zusammenhang mit den Immobilienwertschwankungs- und Beteiligungsrisiken eine Inter-Risikokonzentration. Die Konzentrationen werden sowohl quantitativ als auch qualitativ in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die Unterlegung der Adressenausfallrisiken mit anrechenbaren Eigenmitteln gemäß den Vorgaben der CRR II/CRD V erfolgt mittels des Kreditrisiko-Standardansatzes.

Das Kreditportfoliomodell basiert auf einem Monte-Carlo-Simulations- bzw. Value at Risk-Ansatz, welches eine Millionen Simulationen durchführt. Die grundlegende Idee ist eine ausfallbasierte Risikomessung unter Berücksichtigung der Volatilität der Werte der vorhandenen Sicherheiten. Im Gegensatz zu den marktgängigen Modellen, wo entweder reine Ausfälle und/oder Bonitätsmigrationen modelliert werden, erfolgt zusätzlich eine Simulation der möglichen Schwankungen der Sicherheitenwerte. Weiterhin werden ebenfalls Migrationsrisiken in der Ermittlung des Adressenausfallrisikos berücksichtigt.

Das allokierte Risikolimit für die Kreditnehmerrisiken war in der steuerungsrelevanten Gruppe zum Berichtsstichtag in Höhe von 61,6 % (Vorjahr: 62,6 %) ausgelastet.

Risiken können sich aus einem weiteren Rückgang der Immobilienpreise sowie höheren Ausfallraten in Folge der konjunkturellen Lage ergeben. Wesentliche Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit sind bislang nicht festzustellen.

3.2.4.1.2 Emittentenrisiko

Zur Einhaltung der LCR und NSFR hat die BAG-Bank einen Bestand an hochliquiden Aktiva in Form von Wertpapieren aufgebaut. Weiterhin wird eine AT1-Anleihe der DZ BANK gehalten. Zur Messung der mit diesen Wertpapieren in Verbindung stehenden Emittentenrisiken setzt die BAG das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte (KPM-EG) in VR-Control ein. Das KPM-EG setzt zur Ermittlung der Migrations-, Ausfall- und Spreadrisiken von Eigengeschäften eine Monte-Carlo-Simulation ein und ermöglicht hierdurch eine Analyse auf Portfolio- und Geschäftsebene. In Verbindung mit der gezeichneten AT1-Anleihe der DZ BANK wurde eine Ertragskonzentration identifiziert. Des Weiteren bestehen Emittentenrisiken durch die im Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930 gehaltenen Wertpapiere. Die Risikokennzahlen für das Migrations- und Spreadrisiko dieser Wertpapiere werden durch die Union Investment ermittelt und zur Verfügung gestellt.

Das zum Berichtsstichtag allokierte Risikolimit war in der steuerungsrelevanten Gruppe zu 64,9 % (Vorjahr: 65,0 %) ausgelastet.

3.2.4.2 Marktpreisrisiken

3.2.4.2.1 Zinsänderungsrisiko

Bei dem besonderen Portfolio der Bank kann nur für einen Teil der Kundenforderungen von bekannten und verlässlichen Zahlungsterminen für Zins- und Tilgungsleistungen ausgegangen werden. Die Möglichkeiten der Steuerung des Zinsänderungsrisikos umfassen den Bereich der Geldaufnahme und -anlage sowie Derivate.

Die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene erfolgt barwertig. Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung erfolgt die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos auf Basis des Marktpreisrisikomodells in VR-Control (Value-at-Risk Modell). Die Simulation erfolgt auf Basis einer historischen Simulation. Weiterhin werden in der barwertigen Beurteilung des Zinsänderungsrisikos ebenfalls die Auswirkungen der aufsichtlichen Ausreißertests ermittelt.

Für die zinssensitiven Bestände in den beiden Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930 und UIN-Fonds Nr. 1138 werden durch die Union Investment Kennzahlen bereitgestellt.

Die Ergebnisse der Risikomessung werden quartalsweise in ihren Auswirkungen analysiert und dem Vorstand mit Steuerungshinweisen zugeleitet. Zum Berichtsstichtag war das allokierte Risikolimit in der steuerungsrelevanten Gruppe in Höhe von 58,2 % (Vorjahr: 61,8 %) ausgelastet.

Aus dem volatilen Zinsumfeld ergeben sich sowohl Chancen als auch Risiken, wobei die Risiken aus fallenden Zinsen in der barwertigen Betrachtung überwiegen. Hierbei können insbesondere sinkende Refinanzierungsaufwände und die Bildung von stillen Reserven bei festverzinslichen Wertpapieren verzeichnet werden. Diesen steht im fallenden Szenario das niedrigere Ertragspotenzial entgegen. In der periodischen Betrachtung resultieren aus steigenden Zinsen Risiken, was insbesondere auf variabel verzinsliche Refinanzierungen zurückzuführen ist.

3.2.4.2.2 Immobilienwertschwankungsrisiko

Das Immobilienwertschwankungsrisiko trifft sowohl für die Bewertung der Immobilien im Eigenbestand der Bank und im Bestand der steuerungsrelevanten Gruppe, für die im Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 gebündelten Anteile an offenen Immobilienfonds, als auch für die Behandlung der als Kreditsicherheit dienenden Immobilien zu, wobei die Steuerung und Überwachung der als Kreditsicherheit dienenden Immobilien über das Adressenausfallrisiko erfolgt.

Der BAG-Konzern verfügt über einen im Wesentlichen aus Verwertungsmaßnahmen und im Rahmen ihrer Verbundaufgaben übernommenen Immobilienbesitz sowie durch mittelbar gehaltene Anteile an offenen Immobilienfonds. Die Bilanzierung der im Anlagevermögen gehaltenen Immobilien erfolgt unter Berücksichtigung von planmäßigen und gegebenenfalls außerplanmäßigen Abschreibungen. Die Bilanzierung der im Umlaufvermögen gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Hausverwaltung für den Immobilienbestand erfolgt durch eine externe Hausverwaltungsgesellschaft, wobei die Koordination durch den Bereich „Vorstandsreferat“ sichergestellt wird.

Steuerung und Überwachung der Immobilienwertschwankungsrisiken erfolgen zum einen objektbezogen und zum anderen auf Portfolioebene. Mit den Immobilien im Halteportfolio wird eine nachhaltige Stärkung der Erträge angestrebt. Das Geschäftsjahr 2024 wurde genutzt, um für die strategisch gehaltenen Immobilien des Sachanlagevermögens im Halteportfolio durch gezielte Maßnahmen die Objektwerte zu sichern. Darüber hinaus erfolgte im Geschäftsjahr 2024 im Rahmen der Verbundaufgabe die Übernahme von Immobilien in den konzerneigenen Bestand. Für diese, dem Umlaufvermögen zugeordneten Immobilien, ist ein kontinuierlicher Abverkauf vorgesehen. Risiken können sich in Folge eines weiteren Rückgangs der Immobilienpreise ergeben. In Folge des Ankaufs von Immobilien sowie der Auflegung des Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 ist der Anteil der Vermögenswerte aus der Risikoklasse Immobilien am Risikodeckungspotenzial deutlich gestiegen.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung ist dem Immobilienwertschwankungsrisiko auf Bank- und Gruppenebene ein eigenes Risikolimit zugeordnet. Die Ermittlung der Immobilienwertschwankungsrisiken im Eigenbestand erfolgt mittels eines Immobilienportfoliomodells (Value-at-Risk Modell), welches auf einem Monte-Carlo-Ansatz beruht. Für die Risiken im Fondsbestand erfolgt eine Risiko-Kennzahlenbereitstellung durch die Union Investment.

Die Auslastung des Risikolimits auf Gruppenebene betrug zum Berichtsstichtag 64,9 % (Vorjahr: 65,7 %).

3.2.4.3 Beteiligungsrisiko

Die Handlungen der Tochter- und Enkelgesellschaften der BAG Bankaktiengesellschaft sind darauf ausgerichtet, dem Unternehmenszweck der BAG Bankaktiengesellschaft zu dienen. Darüber hinaus hält die Bank einzelne Verbundbeteiligungen an Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Sowohl das Beteiligungsergebnis als auch das Beteiligungsrisiko unterliegen der laufenden Kontrolle und werden in der Gesamtbankplanung und Steuerung integriert betrachtet.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung ist dem Beteiligungsrisiko auf Bank- und Gruppenebene ein eigenes Risikolimit zugeordnet, welches auf Gruppenebene zu 65,3 % (Vorjahr: 61,3 %) ausgelastet war. Die Messung des Beteiligungsrisikos erfolgt mittels eines VaR-basierten Beteiligungsportfoliomodells auf Basis eines

Stellvertreter-Ansatzes, bei welchem den Beteiligungen geeignete Indizes zugeordnet werden, um deren Wertschwankungen auf die betrachteten Assets zu übertragen.

Die Strategie des Portfolios Beteiligungen ist innerhalb der Holdingstruktur darauf ausgerichtet, die Ertragspotenziale, die sich in der Regel auf Immobilien oder die angebotenen Dienstleistungen beziehen, zu sichern und zu erschließen. Neben der ständigen Verbesserung der Rentabilität der Gesellschaften ist der forcierte Abbau der Zweckgesellschaften primäres Ziel der Beteiligungsstrategie.

Im Geschäftsjahr 2024 waren sowohl rückläufige Beteiligungswerte als auch Marktwertzuwächse festzustellen.

3.2.4.4 Liquiditätsrisiko

Die BAG-Bank definiert ihr Liquiditätsrisiko als Refinanzierungskostenrisiko und Zahlungsunfähigkeitsrisiko.

Das mengenorientierte Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, dass die BAG Bankaktiengesellschaft ihren kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nicht nach kommen kann, wird über eine Liquiditätsablaufbilanz mittels der Gegenüberstellung der Mittelzu- und -abflüsse in unterschiedlichen Zeitbändern ermittelt.

Auf Basis der Gesamtbankplanung wird unter Berücksichtigung erwarteter Zu- und Abflüsse eine im Jahresverlauf kontinuierlich überprüfte Liquiditätsplanung erstellt und erforderlichenfalls angepasst.

Die Bank verfügte auch im Geschäftsjahr 2024 jederzeit über ausreichende Liquidität und kann zur Deckung zusätzlichen Liquiditätsbedarfes auf ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe zurückgreifen. Die LCR beträgt zum Bilanzstichtag 625,8 % (Vorjahr: 573,1 %) und die LCR der Institutsgruppe 6.291,8 % (Vorjahr: 1.747,0 %). Die NSFR beträgt zum Bilanzstichtag 107,0 % (Vorjahr: 106,2 %) und die NSFR der Institutsgruppe 111,7 % (Vorjahr: 113,2 %).

Der für die Ermittlung des preisorientierten Liquiditätsrisikos relevante Risikospread wird auf Basis der historischen Differenzen zwischen der risikofreien (3-Monats-Swap-Tenor-Kurve) und risikobehafteten Zinskurve inkl. institutsindividuellem Refinanzierungsspread (BAG-Kurve) ermittelt. Auf Basis dieser Differenz wird in einem rollierenden Zehnjahreszeitraum ein Risikospread für jedes Laufzeitband der Zinskurve ermittelt. Die Differenz stellt das Liquiditätsrisiko dar und wird als Risiko limitiert.

Das allokierte Risikolimit in der Gruppe war zum Bilanzstichtag zu 20,8 % (Vorjahr: 50,3 %) ausgelastet.

3.2.4.5 Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken im Sinne des Baseler Ausschusses beinhalten die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund externer Ereignisse eintreten.

Die Unterlegung der operationellen Risiken mit anrechenbaren Eigenmitteln basiert auf den Vorgaben der CRR II/CRD V.

Identifizierung und Beurteilung der operationellen Risiken erfolgen im Rahmen einer jährlich durchzuführenden Risikoinventur. Ziel der Risikoinventur ist es, in den relevanten Geschäftsfeldern der Bank Risikofaktoren zu identifizieren, die vor dem Hintergrund der Geschäftsaktivitäten und der Aufbau- und Ablauforganisation einen finanziellen Schaden auslösen können. Die Risikobeurteilung erfolgt dabei in Form einer qualitativen Selbsteinschätzung (Self-Assessment).

Alle eingetretenen Schadensfälle mit einer Schadenhöhe ab 3 TEUR werden durch den Bereich Unternehmenssteuerung kategorisiert und in eine Schadensfalldatenbank aufgenommen. Der Bereich Unternehmenssteuerung erstellt hieraus vierteljährlich Auswertungen zur Darstellung der Entwicklung der operationellen Schäden.

Die Auswertungen werden an den Vorstand, die risikoverantwortlichen Mitarbeiter und die Interne Revision verteilt. Die Berichterstattung umfasst die Art der eingetretenen Schäden, deren Ursachen, das Ausmaß der Schäden und Risiken sowie die Überwachung von eingeleiteten Gegenmaßnahmen.

Das im Rahmen der Risikotragfähigkeit allokierte Limit der steuerungsrelevanten Gruppe wurde zum Berichtsstichtag zu 64,0 % (Vorjahr: 59,1 %) ausgelastet.

Chancen zur Reduzierung ergebnisbelastender Schadensfälle ergeben sich durch die konsequente Umsetzung der internen Richtlinien und Weisungen, die strenge Einhaltung von Vertragswerken sowie die stetige Sensibilisierung der Mitarbeiter.

Die Risikomessung in der ökonomischen Perspektive in agree21ORM erfolgt über ein VaR-Verfahren, für welches die im Rahmen des Self Assessments erhobenen und ag-

geregelter Risikoinformationen über eine Monte-Carlo-Simulation ausgewertet werden. Im Ergebnis werden die Sachschadenshöhe für jedes Einzelrisiko, die Gesamtschadenshöhe der jeweiligen Simulationsläufe unter Berücksichtigung der Einzelrisiken und die Verlustverteilung zur Ableitung der Risikowerte ermittelt.

3.2.4.6 Stress-Tests

Die Analysen der für die BAG Bankaktiengesellschaft relevanten Risiken werden um Stress-Tests ergänzt, mit denen die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen bzw. Bonitätsveränderungen untersucht werden. Stress-Tests helfen, außergewöhnliche, aber plausible Marktentwicklungen und deren Risiko- und Ergebniswirkungen auf die Bank zu messen und zu beurteilen. Neben der Analyse einzelner, risikoartenspezifischer Stress-Szenarien werden sowohl inverse Stress-Tests als auch die Auswirkungen risikoartenübergreifender Stress-Situationen und Risikokonzentrationen betrachtet. Die Ergebnisse der Stress-Tests werden kritisch reflektiert und regelmäßig dem Vorstand berichtet.

Aus der regelmäßigen kritischen Reflektion der Stress-Tests ist die BAG Bankaktiengesellschaft in der Lage, frühzeitig mögliche unerwünschte Entwicklungen abschätzen zu können und Chancen zur Risikoreduzierung und -vermeidung wahrzunehmen.

3.2.5 Interne Revision

Die Interne Revision überwacht und kontrolliert die Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS). Die Interne Revision ist Bestandteil des internen Überwachungssystems, arbeitet weisungsfrei und unbeeinflusst als prozessunabhängige Instanz im Auftrag des Vorstands mit dem Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen und Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Grundlagen hierfür sind die aufsichtsrechtlichen MaRisk. Die Interne Revision führt Prüfungsmaßnahmen auf der Grundlage eines unter Risikogesichtspunkten aufgestellten Prüfungsplanes durch und überwacht die Beseitigung der festgestellten Beanstandungen. Darüber hinaus kommt sie ihren Berichtspflichten gegenüber den Organen der Bank im Rahmen bestehender fachlicher und gesetzlicher Regelungen nach.

Hamm, den 24. März 2025

BAG Bankaktiengesellschaft

Der Vorstand



Kunsleben



Binczick



**Konzernabschluss der
BAG Bankaktiengesellschaft 2024**

**Konzern-Jahresbilanz zum 31. Dezember 2024
der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm**

Aktivseite

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		1.466,61		4
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		0,00		0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	0,00 Euro			(0)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	1.466,61	0
2. Schudtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schudtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00 Euro			(0)
b) Wechsel		0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		34.020.496,97		54.495
b) andere Forderungen		30.028.300,00	64.048.796,97	0
4. Forderungen an Kunden			91.117.729,18	64.427
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	12.270.837,75 Euro			(15.624)
Kommunalkredite	0,00 Euro			(347)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 Euro			(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00	0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 Euro			(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	15.374.873,28			15.194
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	15.374.873,28 Euro			(15.194)
bb) von anderen Emittenten		30.735.625,00	46.110.498,28	30.480
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.735.625,00 Euro			(10.480)
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00	46.110.498,28	0
Nennbetrag	0,00 Euro			(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			311.079.856,78	127.348
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			27.383.937,72	28.397
darunter:				
an Kreditinstituten	223.825,70 Euro			(224)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1,00 Euro			(0)
an Wertpapierinstituten	0,00 Euro			(0)
7a. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen			1.206.765,19	4.313
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 Euro			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 Euro			(0)
an Wertpapierinstituten	0,00 Euro			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			2,00	0
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 Euro			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 Euro			(0)
an Wertpapierinstituten	0,00 Euro			(0)
9. Treuhandvermögen			1.161.553,24	1.243
darunter:				
Treuhandkredite	1.161.553,24 Euro			(1.243)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		277.666,00		392
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00	277.666,00	0
12. Sachanlagen			29.949.238,57	30.279
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital			0,00	0
darunter:				
eingefordert	0,00 Euro			(0)
14. Sonstige Vermögensgegenstände			184.140.404,54	30.094
15. Rechnungsabgrenzungsposten			168.909,36	135
16. Aktive latente Steuern			270.908,60	134
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			2.105,44	0
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			0,00	0
Summe der Aktiva			756.919.838,48	386.935

**Konzern-Jahresbilanz zum 31. Dezember 2024
der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm**

Passivseite

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		12.508,55		12
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>252.377.508,85</u>	252.390.017,40	2.230
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	0,00			0
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>0,00</u>	0,00		0
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	7.001.014,99			6.046
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>120.391.741,68</u>	<u>127.392.756,67</u>	127.392.756,67	6.247
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>	0,00	0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 Euro			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 Euro			(0)
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			1.161.553,24	1.243
darunter:				
Treuhandkredite	1.161.553,24 Euro			(1.243)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			6.288.962,47	12.464
6. Rechnungsabgrenzungsposten			655,02	3.198
6a. Passive latente Steuern			0,00	0
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.394.262,00		5.729
b) Steuerrückstellungen		1.807.834,00		3.364
c) andere Rückstellungen		<u>28.775.810,24</u>	35.977.906,24	7.949
8. (weggefallen)			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 Euro			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00	0
11a. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung			0,00	0
12. Eigenkapital				
a) Gezeichnetes Kapital	99.110.258,00			99.110
- Nennbetrag eigene Anteile	<u>-1.950,00</u>	99.108.308,00		-2
b) Kapitalrücklage		157.225.552,53		157.226
c) Nicht beherrschende Anteile				
ca) am Kapital	1.037.677,74			1.452
cb) am Bilanzgewinn / -verlust (-)	<u>-20.396,51</u>	1.017.281,23		233
d) Gewinnrücklagen				
da) gesetzliche Rücklage	0,00			0
db) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00			0
dc) satzungsmäßige Rücklagen	0,00			0
dd) andere Gewinnrücklagen	<u>0,00</u>	0,00		0
e) Neubewertungsrücklage		0,00		0
f) Konzernbilanzgewinn / -verlust (-)		<u>76.356.845,68</u>	333.707.987,44	80.434
Summe der Passiva			<u>756.919.838,48</u>	<u>386.935</u>

1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	25.955.863,11			2.193
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	<u>0,00</u>	25.955.863,11		0
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00			0
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	<u>667.840,47</u>	667.840,47		718

**Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm
für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2024**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	8.685.586,39			5.434
darunter:				
abgesetzte negative Zinsen	0,00 Euro			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>1.751.435,03</u>	10.437.021,42		246
darunter:				
abgesetzte negative Zinsen	0,00 Euro			(0)
2. Zinsaufwendungen		<u>1.324.951,18</u>	9.112.070,24	-207
darunter:				
abgesetzte positive Zinsen	0,00 Euro			(4)
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		340.120,37		272
b) Beteiligungen		2.694.132,66		2.022
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
d) Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		<u>0,00</u>	3.034.253,03	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		1.896.733,51		1.077
6. Provisionsaufwendungen		<u>2.568,83</u>	1.894.164,68	-2
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			19.061.152,18	18.002
darunter:				
Abzinsung Rückstellungen	10.957,69 Euro			(63)
9. [gestrichen]				
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	11.915.004,81			-11.385
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>3.535.389,44</u>	15.450.394,25		-2.723
darunter:				
für Altersversorgung	1.370.450,56 Euro			(689)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>6.169.728,22</u>	-21.620.122,47	-6.369
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-1.373.042,69	-1.380
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-12.573.299,28	-18.005
darunter:				
Aufzinsung Rückstellungen	130.795,70 Euro			(85)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>1.408.797,29</u>	1.408.797,29	20.257
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		2.332.804,99		-8.637
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>0,00</u>	-2.332.804,99	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Aufwendungen aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen			-115.375,39	-441
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-3.504.207,40	-1.839
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>0,00</u>		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		629.969,17		-525
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>-36.132,76</u>	-593.836,41	-17
25. Erträge aus Verlustübernahme			0,00	0
26. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			0,00	0
27. Konzernjahresüberschuss / -fehlbetrag (-)			-4.098.043,81	-2.381
28. Ergebnis nicht beherrschende Anteile			<u>20.396,51</u>	-233
29. Konzernjahresüberschuss / -fehlbetrag (-) nach Ergebnis nicht beherrschende Anteile			-4.077.647,30	-2.614
30. Konzerngewinnvortrag / -verlustvortrag (-) aus dem Vorjahr			80.434.492,98	82.694
31. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			0,00	0
32. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage		0,00		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen		<u>0,00</u>	0,00	0
33. Entnahmen aus Genussrechtskapital			0,00	0
34. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage		0,00		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen		0,00		0
d) in andere Gewinnrücklagen		<u>0,00</u>	0,00	0
35. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			0,00	0
36. Änderung des Konsolidierungskreises & sonstige Veränderungen			0,00	354
37. Konzernbilanzgewinn / -verlust (-)			<u>76.356.845,68</u>	<u>80.434</u>

Konzernanhang der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm

zum 31. Dezember 2024

A Allgemeine Angaben

1. Gesellschaftsrechtlicher Aufbau des BAG Bankaktiengesellschaft-Konzerns

Die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, eingetragen beim Amtsgericht Hamm unter HRB 1175, war im Geschäftsjahr 2024 an den nachstehenden Gesellschaften unmittelbar zu 100 % beteiligt:

Gesellschaft	Anteil in %
GHG Gesellschaft für Haus- und Grundbesitzvermittlung mbH, Hamm	100
PROMOTA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamm	100

Darüber hinaus hält die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, direkt Anteile an insgesamt 13 Gesellschaften. Über die GHG, PROMOTA, Union Investment Institutional Property GmbH, Hamburg, und die ZBI GmbH, Erlangen, ist sie indirekt an weiteren 59 Gesellschaften beteiligt.

Veränderungen im Aufbau und in der Zusammensetzung des BAG-Konzerns haben sich im Geschäftsjahr 2024 mit Ausnahme der folgenden Sachverhalte nicht ergeben. Es kam keine Gesellschaft hinzu. Sieben Gesellschaften konnten im Geschäftsjahr 2024 liquidiert werden. Darüber hinaus wurde eine Gesellschaft verschmolzen.

2. Konsolidierungskreis

Die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, hat als Mutterunternehmen nach den Vorschriften des § 340i Abs. 1 HGB i. V. m. den §§ 290 ff. HGB einen Konzernabschluss aufgestellt.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Konsolidierungskreis insgesamt lediglich aufgrund von Abgängen verändert. Zwei Gesellschaften sind nicht mehr enthalten:

- Die BEGO Immobilien GmbH, Hamm, wurde am 01. Januar 2024 (Verschmelzungstichtag) auf die BEGO Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamm, verschmolzen.
- Die Liquidation der DG Immobilien Anlagegesellschaft mbH & Co. „Kinocenter Essen“ KG, Frankfurt am Main, wurde am 18. Dezember 2024 beendet.

Die Verschmelzung hatte keine Auswirkungen auf den Konzern. Die Beendigung der Liquidation reduzierte die Anteile Dritter in Höhe von 541 TEUR.

Eine Aufstellung aller einbezogenen Unternehmen ergibt sich aus einer separaten Anlage 1 zum Konzernanhang.

3. Tochterunternehmen

Das jeweilige Mutter-/Tochterverhältnis beruht auf dem Control-Konzept (§ 290 Abs. 1 HGB), d. h. dass das Mutterunternehmen einen unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss auf das Tochterunternehmen ausüben kann.

Unternehmen, über die das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, werden wegen der damit verbundenen andauernden Beschränkung der Ausübung der Rechte des Mutterunternehmens im Konsolidierungskreis gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB nicht berücksichtigt. Diese Gesellschaftsanteile werden in der Anteilsbesitzliste im dritten Abschnitt gesondert aufgeführt (siehe hierzu unter D.5.). In der Anteilsbesitzliste sind die Gesellschaftsanteile, die aufgrund ihrer geringen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in die Konsolidierung einbezogen worden sind, besonders gekennzeichnet (§ 296 Abs. 2 HGB).

4. Assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen

Die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, ist über die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften hinaus an weiteren Gesellschaften mit Beteiligungsquoten von unter 50 % beteiligt. Insgesamt wurden fünf, ebenfalls in der Anlage 1 zum Konzernanhang aufgeführte, Unternehmen nach § 312 HGB als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Der Ansatz der Beteiligungen der assoziierten Unternehmen erfolgte hierbei mit dem anteiligen Eigenkapital zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss.

Unternehmen, über die das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, werden wegen der damit verbundenen andauernden Beschränkung der Ausübung der Rechte des Mutterunternehmens im Konsolidierungskreis gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB nicht berücksichtigt. Diese Gesellschaftsanteile werden in der Anteilsbesitzliste im dritten Abschnitt gesondert aufgeführt (siehe hierzu unter D.5.). In der Anteilsbesitzliste sind die Gesellschaftsanteile, die aufgrund ihrer geringen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in die Konsolidierung einbezogen worden sind, besonders gekennzeichnet (§ 311 Abs. 2 HGB).

Gemeinschaftsunternehmen liegen im Geschäftsjahr nicht vor.

Die übrigen Beteiligungen sind für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Insofern werden bei der Erstellung der Aufstellung des Anteilsbesitzes unter Anwendung des § 313 Abs. 3 Satz 4 HGB Angaben zu diesen Gesellschaften grundsätzlich nicht gemacht.

5. Konsolidierungsgrundsätze

Die Konsolidierung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochter- und Enkelgesellschaften wurde unter Beachtung der Vorschriften der §§ 290 ff. HGB vorgenommen. Die Jahresabschlüsse der Tochtergesellschaften werden auf den für das Mutterunternehmen maßgeblichen Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 und in gleicher Währung aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte nach dem Konzept der Neubewertungsmethode für nach dem 31. Dezember 2009 einbezogene Tochterunternehmen. Von dem Beibehaltungswahlrecht zur Konsolidierung von Tochterunternehmen nach der Buchwertmethode vor diesem Stichtag wurde Gebrauch gemacht. Die Verrechnung der Kapitalanteile des jeweiligen Mutterunternehmens mit dem auf diese Anteile entfallenden Betrag des Eigenkapitals des Tochterunternehmens erfolgte hierbei auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile.

Die passivischen Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung wurden zuletzt im Geschäftsjahr 2014 aufgelöst, da keine Verluste künftig zu erwarten waren.

Aktivische Unterschiedsbeträge, die als Geschäfts- oder Firmenwerte in der Konzernbilanz abzubilden sind, wurden zuletzt im Geschäftsjahr 2016 planmäßig abgeschrieben.

Die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten der im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen wurden einheitlich nach den bei der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angesetzt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen aus dem Innenverhältnis werden gemäß §§ 303, 305 HGB in voller Höhe gegeneinander aufgerechnet. Aus Vorjahren herrührende Aufrechnungsdifferenzen von Forderungen und Verbindlichkeiten wurden in den Gewinnvortrag eingestellt.

Zwischenergebnisse aus konzerninternen Transaktionen werden eliminiert.

Auf Bewertungseffekte aus Konsolidierungsmaßnahmen werden gemäß § 306 HGB in der Konzernbilanz latente Steuern bilanziert.

Für nicht dem Mutterunternehmen gehörende Anteile an konsolidierten Tochterunternehmen (Anteile Dritter) werden in der Konzernbilanz bzw. in der Konzern-GuV die Posten „Nicht beherrschende Anteile“ innerhalb des Eigenkapitals bzw. nach dem Posten „Konzernjahresüberschuss / -fehlbetrag“ der Posten „Ergebnis nicht beherrschende Anteile“ gesondert ausgewiesen.

6. Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Der Konzernabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt.

B Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Gliederung des Konzernabschlusses und Bilanzierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss ist unter Beachtung der gesetzlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften, die Bilanz gemäß Formblatt 1 der RechKredV sowie die Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform (Formblatt 3 der RechKredV) aufgestellt. Die Bilanzierung und Bewertung im Konzern erfolgte grundsätzlich nach den vom Mutterunternehmen angewandten Methoden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Im Konzern ist die einheitliche Bewertung gemäß § 308 Abs. 1 HGB grundsätzlich gewahrt. Abweichungen sind damit zu begründen, dass die Tochterunternehmen keine Bankgeschäfte tätigen.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten der konsolidierten Tochterunternehmen werden als sonstige Vermögensgegenstände bzw. sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen, da es sich nicht um Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus bankgeschäftlicher Geschäftstätigkeit handelt. Die mit diesen Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang stehenden Zinserträge und -aufwendungen werden als sonstige betriebliche Erträge bzw. sonstige betriebliche Aufwendungen gezeigt. Diese Darstellung ist darin begründet, dass es sich bei diesen Zinserträgen bzw. -aufwendungen nicht um solche aus dem Bankgeschäft handelt.

Da die Tochterunternehmen keine Bankgeschäfte betreiben, werden ihre Verwaltungsaufwendungen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Das Mutterunternehmen erfasst seine allgemeinen Verwaltungsaufwendungen gemäß § 31 Abs. 2 RechKredV in gleichlautender Position der Gewinn- und Verlustrechnung.

Auswirkungen auf das Gesamtvermögen, die Schulden bzw. auf das Jahresergebnis des Konzerns ergaben sich hieraus nicht; der Einfluss, der sich aus den oben beschriebenen Umgliederungen ergibt, ist für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unbedeutend.

2. Angaben zu den Bewertungsmethoden

Barreserven und Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt.

Die bis zum 31. Dezember 2012 erworbenen Forderungen an Kunden werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten angesetzt. Die ab dem 01. Januar 2013 erworbenen Forderungen wurden unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 340e Abs. 2 HGB mit ihrem Nennbetrag (entspricht dem erwarteten Cashflow ohne Berücksichtigung von Abzinsung) angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag angesetzten Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag (in Höhe des abgezinsten und um Bearbeitungskosten geminderten Nennbetrag) wurde bis zum 31. Dezember 2023 in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen. Dieser Unterschiedsbetrag wurde zeitanteilig aufgelöst.

Im Berichtsjahr wurde die Bilanzierungsmethode für die ab dem 01. Januar 2013 erworbenen Forderungen geändert, um die Zinseffekte bzw. die hinzuaktivierten Zinsen bei Forderungen an Kunden in diesem einen Bilanzposten abzubilden. Diese Forderungen werden abweichend vom Vorjahr zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Der

Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag der Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag hat Zinscharakter und ist zu verteilen, indem eine entsprechende Zuschreibung als nachträgliche Anschaffungskosten auf den Buchwert der Forderungen vorgenommen wird. In der Gewinn- und Verlustrechnung sind diese Beträge demzufolge weiterhin als Zinsertrag auszuweisen.

Die Änderung der Bilanzierungsmethode hat als Auswirkung auf die Bilanz zur Folge, dass der Unterschiedsbetrag den Aktivposten Forderungen an Kunden und den passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 8.456 mindert.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Bildung von Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, bilanzieren wir entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften des § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB. Die Bewertung erfolgt damit nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Zur Bewertung wurden größtenteils die von den "Wertpapiermitteilungen" (WM Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse, die grundsätzlich auf Börsenkurse basieren, zugrunde gelegt.

Bei den im Vorjahr erworbenen und dem Anlagevermögen zugeordneten AT 1-Anleihen der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DZ BANK), wird der beizulegende Zeitwert mittels eines Bewertungsmodells (Discounted-Cashflow-Verfahren) ermittelt. Dabei werden die künftigen Zins- und Tilgungszahlungen prognostiziert und mit risiko- und laufzeitadäquaten Zinssätzen auf ihren derzeitigen Barwert abgezinst.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet und somit nach dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert.

Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen, die nicht konsolidiert worden sind, werden mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt. Einzelne Beteiligungen resultieren aus in Vorjahren geschlossenen Tauschgeschäften und sind nach Tauschgrundsätzen unter Buchwertfortführung sowie nach Tauschgrundsätzen mit Gewinnrealisierung bewertet.

Vermögensgegenstände und Schulden, die im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehalten werden, werden unter den Posten Treuhandvermögen zu Anschaffungskosten ausgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten vermindert um die lineare Abschreibung bewertet, die sich an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer orientierten.

Das bewegliche Sachanlagevermögen sowie die Einbauten in fremden Gebäuden werden mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauer beträgt für die Betriebs- und Geschäftsausstattung 1 bis 20 Jahre; für Einbauten in fremden Gebäuden 10 Jahre. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 250 EUR werden als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Im Berichtsjahr zugegangene Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als 250 EUR bis zu 800 EUR werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die Grundstücke und Gebäude werden zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige (bei Gebäuden des Anlagevermögens) und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Sofern die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, werden entsprechend § 253 Abs. 5 HGB Zuschreibungen vorgenommen. Bei den aus dem Umlaufvermögen umgewidmeten Immobilien (ehemals Rettungserwerbe) des Sachanlagevermögens wird die planmäßige Abschreibung entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Die planmäßige Abschreibung wird bei diesen Immobilien ab dem Monat der Umwidmung vorgenommen. Die Umwidmung dieser Immobilien erfolgt spätestens fünf Jahre nach Zugang des Rettungserwerbs.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten angesetzt und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Unter dem Bilanzposten sonstige Vermögensgegenstände werden die Grundstücke und Gebäude (Erwerbe von Drittinstituten, Rettungserwerbe) ausgewiesen, die sich nicht länger als fünf Jahre im Bestand des BAG-Konzerns befinden. Die Bilanzierung dieser Immobilien erfolgt zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens erfolgt gemäß § 284 Abs. 3 HGB i. V. m. § 34 Abs. 3 RechKredV nach der Brutto-Methode (vgl. Anlagespiegel unter C).

Den latenten Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt über ein Expected-Credit-Loss-Modell, bei dem ein erwarteter Verlust über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien ermittelt wird. Die Berechnung des erwarteten Verlusts erfolgt auf Basis einer ausfallbasierten Risikomessung unter Berücksichtigung der Volatilität der Werte der vorhandenen Sicherheiten für alle unter den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäften sowie für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverpflichtungen und andere Verpflichtungen (einschließlich unwiderruflicher Kreditzusagen).

Allen im Kreditgeschäft anhaftenden Einzelrisiken und das allgemeine latente Kreditrisiko wurden durch eine angemessene Risikovorsorge abgedeckt.

Für Forderungen erfolgt die Risikovorsorge durch Einzelwertberichtigungen. Im Hinblick auf unwiderrufliche Kreditzusagen und Eventualverpflichtungen erfolgt die bilanzielle Erfassung der Risikovorsorge in Form einer Rückstellung.

Für besondere Einzelrisiken liegen Deckungserklärungen der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin, vor.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden ermittelt. Dabei werden beim Mutterunternehmen nicht nur die Unterschiede aus den eigenen Bilanzpositionen einbezogen, sondern auch solche, die bei Organgesellschaften bestehen. Eine Berücksichtigung von steuerlichen Verlustvorträgen erfolgt nicht, da innerhalb der nächsten fünf Jahre keine Verlustverrechnung zu erwarten ist. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt beim Mutterunternehmen auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises von aktuell 32,10 %. Der Ertragsteuersatz des BAG-Konzerns beläuft sich auf aktuell 32,18 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer. Die sich für die den HGB-Konzern ergebende Steuerentlastung resultiert im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden bei den Beteiligungen, Wertpapieren und Kundenforderungen sowie den unterschiedlichen Wertansätzen der Pensionsrückstellungen. Latenzen aus Konsolidierungsmaßnahmen gemäß § 306 HGB haben sich ergeben und werden als aktive latente Steuern ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Schulden, die im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehalten werden, werden unter den Posten Treuhandverbindlichkeiten zu Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden in Höhe des Nominalbetrages der Einnahmen gebildet, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet bis zum Vorjahresabschluss im Wesentlichen Zinsen und Bearbeitungsgebühren, die zukünftigen Rechnungsperioden zuzurechnen waren. Insbesondere erfolgte hier der Ausweis von Unterschiedsbeträgen (Abzinsungsbeträge inklusive Bearbeitungskosten) zwischen zum Nennwert angesetzten Forderungen und den geringeren Auszahlungsbeträgen. Im Zuge der vorab beschriebenen Änderung der Bilanzierungsmethode wird dieser passive Rechnungsabgrenzungsposten im Berichtsjahr nicht mehr ausgewiesen.

Die Rückstellungen werden nach § 253 HGB bewertet, wonach sie gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages insbesondere unter Berücksichtigung von Kostensteigerungen und Gehaltstrends anzusetzen und grundsätzlich nach § 253 Abs. 2 HGB mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abzuzinsen sind. Allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wurde Rechnung getragen.

Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen wird die international anerkannte Projected Unit Credit Method als Bewertungsmethode herangezogen. Bei der Bewertung nach der Projected Unit Credit Method wird unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze ein Rechnungszinssatz von 1,90 %, eine Dynamik der anrechenbaren Bezüge von 2,00 % in einem Tochterunternehmen und der laufenden Renten von 2,00 % sowie Fluktuationswahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Die aufgelaufene Inflation wurde mit einer Erhöhung der Rückstellungswerte bei den laufenden Renten um 3,00 % im Mutterunternehmen berücksichtigt. Als Rechnungszins wird der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten 10 Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Pensionsrückstellungen werden auf der Grundlage der Richttafeln Heubeck 2018 G ermittelt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren (1,90 %) und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren (1,97 %) ist negativ und beträgt - 40 TEUR. Damit ist keine Ausschüttungssperre zu beachten.

Der Rückstellungstest zur Berechnung der Drohverlustrückstellung aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) beim Mutterunternehmen gemäß IDW RS BFA 3 n.F. erfolgt nach der barwertigen Methode. Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n.F. verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs und um den Risikokosten- und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen eventuell verbleibenden Verlustüberhang wäre eine Drohverlustrückstellung zu bilden. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2024 war keine Rückstellung zu bilden.

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen mit den Valuten am Bilanzstichtag ausgewiesen.

Zahlungen von Mitteln der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) resultieren aus der Abrechnung erhaltener Deckungserklärungen für besondere Einzelrisiken. Diese erhaltenen Zahlungen werden den betroffenen Bilanzposten und Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung zugeordnet.

C Angaben zur Konzernbilanz und zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

1. Entwicklung des Anlagevermögens

Die Entwicklung der wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2024 stellt sich folgendermaßen dar:
(Gliederung nach § 284 Abs. 3 HGB; § 34 Abs. 3 RechKredV)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten										Abschreibungen										Buchwerte																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																				
	Stand am 01.01.2024	Zugänge	Veränderungen im Konsolidierungs- kreis	Abgänge	Unbuchungen & Umw. im aus dem (+) bzw. in das (-) Umlaufvermögen	Stand am 31.12.2024	(kumuliert)	(Geschäftsjahr)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)

2. Anlagevermögen, Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten

2.1 Forderungen an Kreditinstitute

In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen in Höhe von 62.958 TEUR an die DZ BANK enthalten, die als Zentralbank fungiert. Die davon zur Erfüllung der Mindestreserveverpflichtung indirekt gehaltenen Mittel betragen 639 TEUR.

Die im Aktivposten Nr. 3 Buchstabe b ausgewiesene andere Forderungen an Kreditinstituten in Höhe von TEUR 30.028 haben eine Restlaufzeit bis drei Monate.

Mit der DZ BANK besteht ein Beteiligungsverhältnis.

2.2 Forderungen an Kunden

Die Restlaufzeiten der in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen stellen sich gem. § 9 Abs. 3 Nr. 1 RechKredV wie folgt dar:

	TEUR
bis drei Monate	12.905
mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.780
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	35.184
mehr als fünf Jahre	38.225
Zinsabgrenzung	24
Summe	91.118

In den Forderungen an Kunden sind Rangrücktritte in Höhe von 3.731 TEUR (Vorjahr: 3.175 TEUR) enthalten.

Die ausschließlich unverbrieften Forderungen enthalten solche gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 0 TEUR (Vorjahr: 5.481 TEUR; darin waren 5.481 TEUR gegenüber unserer Anteilseignerin BVR enthalten) und an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 6.829 TEUR (Vorjahr: 9.551 TEUR).

Der Unterschiedsbetrag mit Zinscharakter zwischen dem Nennbetrag der Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag beträgt TEUR 8.456.

Die Pauschalwertberichtigung des Mutterunternehmens verminderte sich von 173 TEUR um 18 TEUR auf 155 TEUR.

2.3 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen

	börsen- fähig	börsen- notiert	nicht bör- sennotiert	nicht nach dem Nie- derstwertprinzip bewertete börsenfähige Wert- papiere
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	46.110	26.110	20.000	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0
Beteiligungen	0	0	0	0

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere sind mit einem Betrag von 6.685 TEUR innerhalb des Jahres 2025 fällig.

Bei den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren handelt es sich um AT1-Anleihen der DZ BANK mit einem Buchwert von 20.000 TEUR. Der beizulegende Zeitwert dieser nachrangigen Wertpapiere beläuft sich auf 20.621 TEUR.

Im Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden folgende Anteile an Sondervermögen im Sinn des § 1 Abs. 10 KAGB von mehr als 10 Prozent ausgewiesen:

Bezeichnung des Fonds	Wert nach §§ 168, 278 KAGB, § 36 InvG a.F. oder vergleichbarer ausländischer Vorschriften	Differenz zum Buchwert	Erfolgte Ausschüttung für das Geschäftsjahr	Abschreibung für das Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
UIN-Fonds Nr. 930 der Union Investment Institutional GmbH, Frankfurt am Main ISIN DE000A2DP6J9	62.087	3.361	0	0
UIN-Fonds Nr. 1138 der Union Investment Institutional GmbH, Frankfurt am Main ISIN DE000A3D34T7	251.329	0	0	671

Der UIN-Fonds Nr. 930 ist ein Spezialfonds, der in aktien-, renten- und geldmarktorientierten Werten investiert. Anlageziel des Sondervermögens ist, eine angemessene Rendite und marktgerechte Erträge zu erzielen. Gleichzeitig liegt der Anlagestrategie ein Wertsicherungskonzept zugrunde. Beschränkungen in der täglichen Rückgabemöglichkeit bestehen grundsätzlich nicht.

Der UIN-Fonds Nr. 1138 ist ein Spezialfonds, der in offene Fremdzielimmobilienfonds investiert. Im Berichtsjahr erfolgte die Übernahme von Anteilen an offenen Fremdzielimmobilienfonds. Es bestehen Beschränkungen in der täglichen Rückgabemöglichkeit, da sich aus den offenen Fremdzielimmobilienfonds im Sondervermögen nicht ohne Weiteres Liquidität generieren lässt. Mittelfristig ist ein Verkauf der Fremdzielimmobilienfonds vorgesehen. Für den UIN-Fonds Nr. 1138 besteht eine Deckungserklärung der BVR-SE in Form einer Barunterlegung in Höhe von insgesamt 117.645 TEUR, wovon ein Betrag in Höhe von 64.727 TEUR erforderliche Wertberichtigungen und ein Betrag in Höhe von 52.917 TEUR Unterdeckungen für Refinanzierungs- und Bearbeitungsaufwand abdeckt.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthalten keine von verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

2.4 Finanzanlagen

Die Beteiligungen werden mit 27.384 TEUR (Vorjahr: 28.397 TEUR) ausgewiesen. Hierunter befinden sich Beteiligungen an Kreditinstituten in Höhe von 224 TEUR (Vorjahr: 224 TEUR).

Unter Beteiligungen an assoziierten Unternehmen wird der Buchwert für die in den Konzernabschluss einbezogenen Minderheitsbeteiligungen in Höhe von 1.207 TEUR (Vorjahr: 4.313 TEUR) ausgewiesen.

2.5 Treuhandvermögen

Der Ausweis beinhaltet Treuhandkredite des Mutterunternehmens in Höhe von 1.162 TEUR (Vorjahr: 1.243 TEUR), bei denen es sich um Forderungen an Kunden handelt.

2.6 Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Unter den immateriellen Anlagewerten werden ausschließlich entgeltlich erworbene Software und Lizenzen in Höhe von 278 TEUR (Vorjahr: 392 TEUR) ausgewiesen.

Die Sachanlagen beinhalten einen Bestand von Immobilien des Mutterunternehmens und weiterer Konzernunternehmen in Höhe von 28.835 TEUR (Vorjahr: 29.702 TEUR). Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine Objekte aus dem Umlaufvermögen (ehemalige Rettungserwerbe) umgewidmet. Des Weiteren beinhalten die Sachanlagen Technische Anlagen und Maschinen in Höhe von 9 TEUR (Vorjahr: 7 TEUR), Betriebs- und Geschäftsausstattung und Mietereinbauten in Höhe von 516 TEUR (Vorjahr: 524 TEUR) und geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau in Höhe von 590 TEUR (Vorjahr: 46 TEUR). Die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Betriebs- und Geschäftsausstattung des Mutterunternehmens beläuft sich auf 432 TEUR (Vorjahr:

452 TEUR). Eigengenutzte Grundstücke und Bauten des Mutterunternehmens sind wie im Vorjahr nicht vorhanden.

2.7 Sonstige Vermögensgegenstände

In dieser Position sind als wesentliche Einzelbeträge im Geschäftsjahr 2024 zum Verkauf erworbene Immobilien in Höhe von 152.697 TEUR zugegangen. Zudem werden Forderungen der einbezogenen Konzernunternehmen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Diese betreffen insbesondere Forderungen an die DZ BANK in Höhe von 21.011 TEUR (Vorjahr: 21.756 TEUR). Hiervon unterliegen 554 TEUR (Vorjahr: 674 TEUR) einer eingeschränkten Verfügbarkeit, die im Wesentlichen noch nicht an Fondsanleger ausgezahlte Ausschüttungen beinhalten.

2.8 Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft in voller Höhe im Voraus bezahlte Rechnungen.

2.9 Fremdwährungsposten

In den Vermögensgegenständen sind wie im Vorjahr keine Fremdwährungen enthalten.

3. Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten

3.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber der DZ BANK in Höhe von 252.378 TEUR (Vorjahr: 2.230 TEUR) enthalten, die als Zentralbank fungiert.

Mit der DZ BANK AG besteht ein Beteiligungsverhältnis.

Die Restlaufzeiten der im Passivposten Nr. 1 Buchstabe b ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist stellen sich wie folgt dar:

	TEUR
bis drei Monate	167
mehr als drei Monate bis ein Jahr	46
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	117.499
mehr als fünf Jahre	134.666
Zinsabgrenzung	0
Summe	252.378

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, sind in Höhe von insgesamt 182.875 TEUR (Vorjahr: 2.230 TEUR) zweckgebunden.

3.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Restlaufzeiten der im Passivposten Nr. 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb ausgewiesenen anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist stellen sich wie folgt dar:

	TEUR
bis drei Monate	100
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.647
mehr als fünf Jahre	117.645
Zinsabgrenzung	0
Summe	120.392

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind nicht durch die Übertragung von Vermögensgegenständen besichert.

Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 117.645 betreffen Sichteinlagen des BVR, mit denen die Deckungserklärung des BVR für den UIN-Fonds Nr. 1138 bar unterlegt ist.

Die ausschließlich unverbrieften Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten wie im Vorjahr keine gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 6.503 TEUR (Vorjahr: 9.431 TEUR).

3.3 Treuhandverbindlichkeiten

Sämtliche Treuhandverbindlichkeiten stellen Treuhandkredite des Mutterunternehmens in Höhe von 1.162 TEUR (Vorjahr: 1.243 TEUR) dar, bei denen es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt.

3.4 Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind innerhalb des nächsten halben Jahres fällig und enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Besserungsscheinverpflichtungen der Konzernmutter zugunsten der Sicherungseinrichtung des BVR in Höhe von 550 TEUR (Vorjahr: 9.264 TEUR). Darüber hinaus werden unter anderem Verbindlichkeiten des Mutterunternehmens in Höhe von 232 TEUR (Vorjahr: 365 TEUR) aus dem Erwerb und dem Verkauf von Immobilien ausgewiesen.

3.5 Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Bilanzposten wurde im Vorjahr seitens des Mutterunternehmens mit einem Betrag von 3.198 TEUR der Unterschiedsbetrag (Abzinsungsbetrag inklusive Bearbeitungskosten) aus den seit 2013 erworbenen Kundenforderungen ausgewiesen. Aufgrund der vorab beschriebenen Änderung der Bilanzierungsmethode wird der passive Rechnungsabgrenzungsposten im Berichtsjahr nicht mehr ausgewiesen.

3.6 Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten Anwartschaften und laufende Rentenzahlungen.

Für eine der Pensionsverpflichtungen existiert ein Rückdeckungsversicherungsvertrag, welcher an den Pensionär verpfändet ist. Die Anschaffungskosten betrugen 290 TEUR. Entsprechend wird die Verpflichtung in Höhe von 330 TEUR (Vorjahr: 347 TEUR) und der von der Versicherung mitgeteilte Aktivwert der Rückdeckungsversicherung in Höhe von 332 TEUR (Vorjahr: 341 TEUR) nach § 246 Abs. 2 HGB saldiert ausgewiesen. Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Rückstellung in Höhe von 6 TEUR (Vorjahr: 6 TEUR), die Herabsetzung der Rückdeckungsversicherung in Höhe von 9 TEUR (Vorjahr: 9 TEUR) sowie die Erträge aus Zahlungen der Rückdeckungsversicherung werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen saldiert ausgewiesen. Gemäß § 268 Abs. 8 Satz 3 HGB wird eine Ausschüttungssperre in Höhe von 42 TEUR berücksichtigt.

Der Aktivwert der Rückdeckungsversicherung übersteigt erstmals wieder seit 2022 die Verpflichtungen, so dass der Ausweis als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ auf der Aktivseite der Bilanz erfolgt.

Die Rückstellungen für Pensionen, die sich nach Maßgabe eines durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren zum Bilanzstichtag ergeben würden, belaufen sich auf 5.352 TEUR. Nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Jahre ergibt sich ein aktuell bilanzierter Ansatz in Höhe von 5.392 TEUR. Der negative Unterschiedsbetrag in Höhe von 40 TEUR ist gemäß § 253 Abs. 6 HGB erstmals nicht mehr ausschüttungsgesperrt.

Die Steuerrückstellungen betreffen die Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag für die Geschäftsjahre 2021, 2023 bis 2024 in Höhe von 502 TEUR sowie die Gewerbesteuer für die Jahre 2021, 2023 bis 2024 in Höhe von 1.306 TEUR.

3.7 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist in der Übernahme von Eventualverbindlichkeiten im Zuge des Ankaufs von Kreditengagements begründet.

Vom Ausweis der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen entfallen 100 TEUR (Vorjahr: 100 TEUR) auf verbundene Unternehmen. Gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen wie im Vorjahr keine Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen.

Sämtliche Eventualverbindlichkeiten sind nicht durch die Übertragung von Vermögensgegenständen besichert.

Die anderen Verpflichtungen betreffen in voller Höhe die unwiderruflichen Kreditzusagen. Gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen wie im Vorjahr keine unwiderruflichen Kreditzusagen.

Das Risiko und die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme für gemäß der §§ 26 und 27 RechKredV unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen schätzen wir unter Beachtung der Entwicklungen der Vorjahre und der

in den Rückstellungen berücksichtigten Risikovorsorgen sowie der bestehenden Deckungserklärungen der BVR-SE als nicht wesentlich ein.

3.8 Fremdwährungsposten

In den Verbindlichkeiten sowie den Eventualverbindlichkeiten sind wie im Vorjahr keine Fremdwährungen enthalten.

3.9 Termingeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Termingeschäfte.

4. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Zinserträge

Die Zinserträge beinhalten mit 20 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) periodenfremde Erträge, die im Berichtsjahr realisiert wurden.

Aus der Zuschreibung nachträglicher Anschaffungskosten aus dem Unterschiedsbetrag mit Zinscharakter zwischen dem Nennbetrag der Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag wurden im Berichtsjahr Zinserträge von TEUR 1.414 (Vorjahr: TEUR 546 aus der Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens) erzielt.

Die Zinserträge enthalten insgesamt Erträge aus abgerechneten Deckungserklärungen der BVR-SE in Höhe von TEUR 545.

Es sind wie im Vorjahr keine negativen Zinsen in den Zinserträgen enthalten.

4.2 Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen sind aufgrund von Erstattungen von Zinsen und ähnlichen Aufwendungen durch die BVR-SE im Zusammenhang mit abgerechneten Deckungserklärungen um TEUR 2.518 gemindert .

Es sind keine negativen Zinsen in den Zinsaufwendungen enthalten (Vorjahr: 4 TEUR).

4.3 Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die laufenden Erträge in Höhe von 3.034 TEUR (Vorjahr: 2.294 TEUR) beinhalten Erträge aus Aktien und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 340 TEUR (Vorjahr: 272 TEUR) sowie Beteiligungserträge in Höhe von 2.694 TEUR (Vorjahr: 2.022 TEUR). Es ergaben sich wie im Vorjahr keine Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen.

4.4 Aufwendungen/Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen belaufen sich wie im Vorjahr auf 0 TEUR.

Die Aufwendungen des laufenden Jahres betragen 115 TEUR und bestehen vollständig aus Abschreibungen.

Die Summe der mit Erinnerungswerten angesetzten negativen Equity-Werte beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 13.311 TEUR.

4.5 Sonstige betriebliche Erträge

Hier sind im Wesentlichen Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung von im Eigentum des BAG-Konzerns befindliche Immobilien in Höhe von 7.449 TEUR (Vorjahr: 7.013 TEUR) ausgewiesen. Da im Berichtsjahr keine Immobilien verkauft wurden, wurden keine Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien erzielt (Vorjahr: 2.443 TEUR) und es sind wie im Vorjahr keine Erträge aus Zuschreibungen zu verzeichnen. Darüber hinaus enthalten die sonstigen betrieblichen Erträge Erlöse aus Gutachtenerstellungen in Höhe von 4.261 TEUR (Vorjahr: 2.792 TEUR), Immobiliendienstleistungen in Höhe von 3.513 TEUR (Vorjahr: 2.140 TEUR) und Inkassotätigkeiten in Höhe von 2.721 TEUR (Vorjahr: 2.747 TEUR).

4.6 Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Abschreibungen auf immaterielle Wirtschaftsgüter und Sachanlagen betragen 1.373 TEUR (Vorjahr: 1.380 TEUR). Diese entfallen wie im Vorjahr vollständig auf planmäßige Abschreibungen.

4.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den "sonstigen betrieblichen Aufwendungen" sind unter anderem Sachaufwendungen für konzerneigene Immobilien in Höhe von 4.658 TEUR (Vorjahr 4.066 TEUR) enthalten. Im Berichtsjahr sind wie im Vorjahr keine Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB erforderlich.

Darüber hinaus beinhalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 550 TEUR (Vorjahr: 9.264 TEUR) die Leistung auf die Besserungsscheinverpflichtungen zugunsten der BVR-SE.

4.8 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

In dem mit den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft verrechneten Posten Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft sind Erträge aus der Abrechnung von Deckungserklärungen der BVR-SE in Höhe von 145.081 TEUR enthalten. Gleichzeitig wurden für angekaufte Forderungen und Avale Risikovorsorgen in Höhe von 144.410 TEUR gebildet und Abschreibungen für den Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 in Höhe von 671 TEUR vorgenommen.

D Sonstige Erläuterungen

1. Organe und Aufwendungen für Organe der Konzern-Muttergesellschaft und Angaben zu nahestehenden Personen

1.1 Mitglieder des Vorstandes

René Kunsleben, Dipl.-Betriebswirt (FH), Vorstand Markt
- Sprecher des Vorstandes -

Mark Binczick, Dipl.-Kfm., Vorstand Marktfolge

1.2 Mitglieder des Aufsichtsrates (Vor- und Zuname)

Daniel Quinten, Dipl.-Vw., Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.
- Vorsitzender -

Michael Speth, Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstandes der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
- Stellvertretender Vorsitzender –

Daniela Bücker, Dipl.-Wirtsch.-Inf., Mitglied des Vorstandes der Atruvia AG
Mitglied seit dem 14.08.2024

Carsten Eisele, WP, Mitglied des Vorstandes des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V.

Kerstin Lauber, Bankdirektorin, Mitglied des Vorstandes der Volksbank Wittgenstein eG

Dr. Alexander Leißl, Dipl.-Kfm., WP, Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V.
Mitglied seit dem 02.07.2024

Katja Lewalter-Düssel, WP/StB, Mitglied des Vorstandes des Genoverband e.V.
Mitglied bis zum 09.07.2024

Dr. Martin Polle, Dipl.-Betriebswirt (FH), Vorsitzender des Vorstandes der Volksbank Uckermark-Randow eG (bis 31.12.2024), Mitglied des Vorstandes der Volksbank Dresden-Bautzen (ab 01.01.2025)

Carsten Schmedt auf der Günne, Dipl.-Kfm., WP/StB, Bereichsleiter Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Norbert Hespig, Rechtsanwalt, Arbeitnehmervertreter

André Lojack, Rechtsanwalt, Arbeitnehmervertreter

Dirk Ludwig, Rechtsanwalt, Arbeitnehmervertreter

Merle Rogge, Bankbetriebswirtin, Arbeitnehmervertreterin

1.3 Sonstige Angaben zu den Organen

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wird gem. § 314 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Bezüge für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene betrugen 223 TEUR. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen sind 3.321 TEUR zurückgestellt.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr für das Geschäftsjahr 2023 eine Vergütung von 125 TEUR erhalten. Für die im Jahr 2025 zu zahlende Aufsichtsratsvergütung des Geschäftsjahres 2024 werden 135 TEUR zurückgestellt.

Den Mitgliedern des Vorstandes sowie den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden weder Kredite gewährt noch sind Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personen eingegangen worden.

1.4 nahestehende Personen

Das Mutterunternehmen unterhält im wesentlichen Umfang marktübliche Geschäfte mit nahestehenden Personen sowie Konzernunternehmen, die im Rahmen der Vollkonsolidierung eliminiert wurden.

Darüber hinaus hat die Bank im Geschäftsjahr Risikoaktiva mit Deckungszusagen der BVR-SE übernommen. Diese Deckungszusagen überträgt die BVR-SE zur Abdeckung der Risiken auf die BAG. Aus der Abrechnung gewährter Deckungszusagen hat die Konzernmutter im Geschäftsjahr Zahlungen in Höhe von insgesamt TEUR 154.200 von der BVR-SE erhalten. Deckungszusagen der BVR-SE gegenüber der BAG bestehen noch zur Abdeckung von Risiken bzgl. des Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 sowie Kundenforderungen und Eventualverbindlichkeiten.

2. Honorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Konzernabschlussprüfers beläuft sich im Berichtsjahr auf insgesamt 399 TEUR (Vorjahr: 225 TEUR). Der Gesamtbetrag beinhaltet Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von 383 TEUR, davon 17 TEUR für das Vorjahr (Vorjahr: 206 TEUR) und andere Bestätigungsleistungen in Höhe von 16 TEUR, davon 10 TEUR für das Vorjahr (Vorjahr: 19 TEUR). Aufwendungen für sonstige Leistungen oder Steuerberatungsleistungen ergaben sich nicht.

3. Durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer

Die Zahl der 2024 in den einbezogenen Unternehmen durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	16,00	1,00
Handlungsbevollmächtigte	35,00	12,00
Angestellte	63,25	33,50
Gewerbliche Arbeitnehmer	0,00	0,00
Summe	114,25	46,50

Es wurden durchschnittlich 14,25 Auszubildende beschäftigt.

Die Geschäftsführung der Tochter- und Enkelgesellschaften liegt vornehmlich bei Mitarbeitern der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, sowie Mitarbeitern von Tochtergesellschaften.

4. Aktionäre/Aktien

	Aktionäre	Aktien	Grundkapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage
	Anzahl	Stück	EUR	EUR	EUR
Anfang 2024	7	3.811.933	99.108.308	157.225.553	0
Zugang 2024	0	0	0	0	0
Abgang 2024	6	0	0	0	0
Ende 2024	1	3.811.933	99.108.308	157.225.553	0

Der BVR hat im Berichtsjahr 34 Aktien von Kleinaktionären erworben.

Bei den Aktien handelt es sich ausschließlich um Stammaktien.

Der BVR hat der BAG eine Mehrheitsbeteiligung gemäß § 16 Abs. 1 AktG angezeigt.

Der Anteil des auf die 75 eigenen Aktien entfallenden Grundkapitals beträgt wie im Vorjahr 0,002 % bzw. 1.950,00 EUR. Der Nennwert je vinkulierter Namensaktie beträgt 26,00 EUR.

5. Aufstellung des Anteilsbesitzes nach § 313 Abs. 2 HGB

Die BAG Bankaktiengesellschaft besitzt folgende direkte und indirekte Kapitalanteile in Höhe von mindestens 20 Prozent an folgenden Unternehmen:

lfd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von lfd. Nr.	Anteil am Kapital unmittelbar	Anteil am Kapital durchgerechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
5.1 Direkter Anteilsbesitz									
1	GHG Gesellschaft für Haus- und Grundbesitzvermittlung mbH	Hamm	(BAG)	100	100	2024	20.291.116,43	2024	2.514.928,18
2	PROMOTA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (vormals: PROMOTA-Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH)	Hamm	(BAG)	100	100	2024	-11.327.447,53	2024	0,00
3	UIW 2 GmbH (vormals: Deutsche Wohnen Kiel GmbH *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2023	23.299.525,51	2023	1.120.838,89
4	UIW 3 GmbH (vormals: BauBeCon Assets GmbH *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2023	47.496.719,62	2023	284.586,15
5	UIW 4 GmbH (vormals: Hamnes Investments GmbH *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2023	11.715.805,61	2023	-601.447,20
6	UIW 5 GmbH (vormals: DWRE Erfurt GmbH *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2023	25.000,00	2023	180.397,03
7	Union Investment Institutional Property GmbH *)	Hamburg	(BAG)	10	10	2023	45.450.539,73	2023	11.768.495,49
8	Union Investment Real Estate Austria AG *)	Wien	(BAG)	5,5	5,5	2023	9.190.818,62	2023	2.081.200,16
9	ZBI GmbH *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2023	4.877 TEUR	2023	-9.786 TEUR

5.2 Indirekter Anteilsbesitz									
10	ABV Grundstücksverwaltungs-gesellschaft mbH	Hamm	18	100	49,7	2023	-17.878.208,48	2023	999.020,57
11	BAG Wert GmbH	Hamm	1	100	100	2024	-2.836.353,74	2024	0,00 (EAV mit BAG)
12	BAG Vermögens-Anlage Gesellschaft mbH (ehemals: GVA GENO-Vermögens-Anlage-Gesellschaft mbH)	Hamm	2	100	100	2024	7.320.895,61	2024	3.082.344,00
13	BEGO Beteiligungs-gesellschaft mbH	Hamm	2	100	100	2024	-334.636,79	2024	0,00
14	BEGO Immobilienverwaltungs-gesellschaft mbH i.L.	Hamm	15	100	100	30.06. 2016	-14.976.022,95	2024	0,00
15	BEGO Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Hamm	13	100	100	2024	4.099.818,63	2024	178.697,97
16	BEGO-ZWP GmbH i.L. (vormals: VR-ZWP GmbH)	Hamm	2	100	100	31.07. 2022	0,00	2024	0,00
17	DBE Immobilienverwaltungs GmbH	Hamm	2	48	48	2023	-7.513.638,43	2023	999.168,72
18	Deutsche Bauentwicklung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	München	2	49,7	49,7	2023	85.366,19	2023	-31.712,04

lfd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von lfd. Nr.	Anteil am Kapital unmittelbar	Anteil am Kapital durchgerechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
19	DG IMMOBILIEN MANAGEMENT	Frankfurt am Main	1	94,99	94,99	2024	20.305.014,61	2024	-166.473,73
20	Dritte Grundbesitz Wohnbaufonds GbR **)	Chemnitz	22	54,09	25,96	***)		***)	
21	Dritte Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR **)	Ottobrunn	22	46,53	22,33	***)		***)	
22	EMBE Fonds-Projekt GmbH	Berlin	23	48	48	2023	-3.175.223,34	2023	872.728,49
23	EMBE Immobiliengesellschaft mbH	Hamm	2	100	100	2024	6.244.006,99	2024	0,00 (EAV mit BAG)
24	Galileo Fonds Betreutes Wohnen in Neutraubling GbR i.L. **)	Regensburg	22	42,67	20,48	2019	2.501.600,85	2019	12.064,29
25	Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR **)	München	22	50,27	24,13	****)		2015	-9.996,36
26	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Fritz-	Stuttgart	22	30,84	14,81	2023	7.261.765,34	2023	131.791,96
27	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart / Filderstadt i.L. **)	Stuttgart	22, 23	36,65	17,63	2023	20.801.364,40	2023	-79.801,55
28	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart - Mitte 4 **)	Stuttgart	22, 23	58,01	27,93	****)		2022	229.937,78
29	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Mörikestr. 17 - 21, Stuttgart **)	Stuttgart	22	60,38	28,98	2023	4.509.810,15	2023	95.850,39
30	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart - Vaihingen / Ludwigsburg **)	Stuttgart	22	31,44	15,09	2023	13.699.666,70	2023	-117.597,79
31	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Untere Waldplätze 2 **)	Stuttgart	22	49,79	23,9	2023	3.026.449,08	2023	-27.827,19
32	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Wolf-Hirth-Straße 8 **)	Stuttgart	22	59,24	28,43	2023	3.131.052,03	2023	86.366,91
33	GVV Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR Bruchköbel **)	Berlin	22	66,84	32,08	****)		2022	156.274,50
34	HB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH i.L.	Hamm	2	100	100	30.06.2022	0,00	2024	0,00
35	HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH	Hamm	1	100	100	2024	4.262.433,40	2024	387.123,61
36	Immobilien- Vermögens- & Verwaltungs-GbR Nr. 5 **)	Leinfelden-Echterdingen	22	57,56	27,63	****)		2015	58.263,80
37	Immobilien- Vermögens- & Verwaltungs-GbR 70771 Leinfelden-Echterdingen Stetten, Stettener Hauptstraße 62-68 **)	Leinfelden-Echterdingen	22	24,17	11,6	****)		2022	47.711,28
38	NORDCAPITAL Immobilienfonds Niederlande 7 GmbH & Co. KG	Hamburg	12	37,46	37,46	2022	19.986.543,99	2022	-283.934,07
39	VR Inkasso Leasing & Consulting GmbH	Hamm	1, 2	100	100	2024	1.151.986,33	2024	184.845,24
40	WBF III. Wohnbau Fonds GbR i.L. **)	Frankfurt am Main	22	77,86	37,37	2018	335.627,76	2018	-8.922,05

lfd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von lfd. Nr.	Anteil am Kapital unmittelbar	Anteil am Kapital durchgerechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
41	Zweite Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR **)	Ottobrunn	22	51,9	24,91	****)		2015	-83.369,26
42	Zweite Grundbesitz Wohnbaufonds Ost-West GbR **)	Ottobrunn	22	54,89	26,35	***)		***)	

5.3 Indirekter Anteilsbesitz in Liquidation / Insolvenz

(Nichtberücksichtigung im Konsolidierungskreis gem. § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB)

43	BEGO Anlagen-Management GmbH (in Insolvenz)	Hamm	13	100	100	2010	0,00	2010	-4.969.814,20
44	Kleverland Immobilien GmbH (in Insolvenz)	Berlin	22	100	48	2007	23.031,96	2007	-8.856,46
45	Pariser Platz 3 Grundbesitz Gesellschaft mbH (in Insolvenz)	Berlin	19	100	94,99	2018	130.512,62	2018	-173.678,62
46	VOBA Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Grundstückskommanditgesellschaft (in Insolvenz)	Berlin	22	100	48	2007	-8.202.289,44	2007	109.800,71

*) Direkte Beteiligungen von nicht untergeordneter bilanzieller Bedeutung.

**) Gesellschaft wird nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen, aufgrund untergeordneter Bedeutung (§ 296 Abs. 2 bzw. § 311 Abs. 2 HGB).

***) Gesellschaft bilanziert nicht.

****) Gesellschaft bilanziert nicht, sondern erstellt eine Einnahmen-Überschussrechnung zur Ermittlung des Jahresergebnisses.

6. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

Finanzielle Verpflichtung	Erfüllungsbeträge (Mio. EUR)
<u>Besserungsscheine</u>	
Besserungsscheinverpflichtung der BAG Bankaktiengesellschaft zur Abführung eines handelsbilanziellen Gewinns zugunsten der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin	426,8
Besserungsscheinverpflichtungen konsolidierter Tochtergesellschaften zugunsten der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin	123,0
<u>Mietverträge</u>	
Mietvertrag der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, für das Gebäude Hamm, Gabelsbergerstr. 1a; der Mietvertrag läuft mindestens bis zum 31. Januar 2027	1,6
	551,4

Weitere nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, (Garantieverbund) in Höhe von 990 TEUR.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin, (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung beziehungsweise Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen zu erfüllen.

7. Offenlegung durch die Institute

Gemäß Teil 8 der CRR (Artikel 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht des Mutterunternehmens sowie in der Anlage zum Konzernanhang enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu tätigen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Kapitalrendite des Mutterunternehmens, berechnet als Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme, beträgt wie in den Vorjahren 0,0 %.

8. Sonstige Angaben

Das Mutterunternehmen ist Mitglied des Genoverbands e. V., Frankfurt am Main, und gehört der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, an.

Zugunsten der konsolidierten Konzernunternehmen bestehen Ansprüche aus 11 Besserungsscheinverpflichtungen; im Geschäftsjahr sind davon keine neu entstanden.

9. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2024 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BAG Bankaktiengesellschaft-Konzerns haben.

Hamm, den 24. März 2025

BAG Bankaktiengesellschaft

Der Vorstand



Kunsleben



Binczick

Anlage 1:**In den Konzernabschluss 2024 der BAG Bankaktiengesellschaft einbezogene Unternehmen**

Nr.	Unternehmen	Kapital- anteile unmittel- bar in %	Kapital- anteile mittelbar in %	Konsolidierungs- methode	aufsichts- rechtliche Institutsgruppen- zusammensetzung
1	GHG Gesellschaft für Haus- und Grundbesitzvermittlung mbH, Hamm	100,00	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
2	PROMOTA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamm (vormals: PROMOTA-Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamm)	100,00	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
3	BAG Vermögens-Anlage Gesellschaft mbH, Hamm (vormals: GVA GENO-Vermögens-Anlage-Gesellschaft mbH, Hamm)	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
4	BAG Wert GmbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
5	BEGO Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
6	BEGO Immobilien-Beteiligungs-gesellschaft mbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
7	BEGO Immobilienverwaltungs-gesellschaft mbH i.L., Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	-
8	BEGO-ZWP GmbH i.L., Hamm (vormals: VR-ZWP GmbH, Hamm)	-	100,00	Vollkonsolidierung	-
9	DG IMMOBILIEN MANAGEMENT Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	-	94,99	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
10	EMBE Immobiliengesellschaft mbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
11	HB Grundstücksentwicklungs-gesellschaft mbH i.L., Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	-
12	HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
13	VR Inkasso Leasing & Consulting GmbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung

Minderheitsbeteiligungen

1	ABV Grundstücksverwaltungs-gesellschaft mbH, München	-	49,70	At Equity	-
2	DBE Immobilienverwaltungs GmbH, München	-	48,00	At Equity	-
3	Deutsche Bauentwicklung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, München	-	49,70	At Equity	Befreiung Art.19 I CRR
4	EMBE Fonds-Projekt GmbH, Berlin	-	48,00	At Equity	Quoten- konsolidierung
5	NORDCAPITAL Immobilienfonds Niederlande 7 GmbH & Co. KG, Hamburg	-	37,46	At Equity	-

Kapitalflussrechnung des BAG-Konzerns

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung der Finanzlage im abgelaufenen Geschäftsjahr:

	2024 TEUR	2023 TEUR
1. Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteilen anderer Gesellschafter)	-4.098	-2.381
2. +/- Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	2.411	-9.799
3. +/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	18.936	-1.343
4. +/- Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	20	-233
5. -/+ Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	0	-2.443
6. -/+ Sonstige Anpassungen (Saldo)	2.812	21.487
7. -/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	-9.554	-8.262
8. -/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-26.691	8.866
9. -/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen an Institute i.S.d. § 1 Abs. 3 ZAG (gilt nur für Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute)	0	0
10. -/+ Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	-185.488	-5.638
11a. -/+ Erwerb/Veräußerung von Immobilien des Umlaufvermögens	-152.697	0
11b. -/+ Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.392	3.328
12. +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	250.147	-89
13. +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	115.100	-1.636
14. +/- Zunahme/Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten (gilt nur für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Wertpapierinstitute)	0	0
15. +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Instituten i.S.d. § 1 Abs. 3 ZAG (gilt nur für Zahlungsinstituten und E-Geld-Institute)	-9.454	9.890
16. +/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-12.146	-7.767
17. +/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	0	0
18. +/- Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	630	525
19. +/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	13.454	7.974
20. + Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	-1.325	-207
21. - Gezahlte Zinsen	0	0
22. + Außerordentliche Einzahlungen	0	0
23. - Außerordentliche Auszahlungen (Genussrechtskapital)	0	0
24. -/+ Ertragsteuerzahlungen	-2.015	-1.400
25. = Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 24)	-1.350	10.872
26. + Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	2.991	3.324
27. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögens	-48	-20.073
28. + Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	2	6.730
29. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-913	-273
30. + Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0	0
31. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-19	-314
32. + Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis	0	0
33. - Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	0	0
34. +/- Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	0	0
35. + Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
36. - Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
37. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 26 bis 36)	2.013	-10.606
38. + Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	0	0
39. + Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern	0	0
40. - Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	0	0
41. - Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	0	0
42. + Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
43. - Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
44. - gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	0	0
45. - gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	0	0
46. +/- Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	-666	-265
47. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 38 bis 46)	-666	-265
48. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 25, 37, 47)	-3	1
49. +/- Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
50. +/- Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
51. + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4	3
52. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 48 bis 51)	1	4

Die Kapitalflussrechnung des BAG-Konzerns ist entsprechend der Empfehlung des DRS 21 gegliedert. Der ausgewiesene Finanzmittelfonds ist eng abgegrenzt und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken als Zahlungsmittelbestand.

Eigenkapitalspiegel des BAG-Konzerns nach DRS Nr. 22 (alle Angaben in TEUR)

	Eigenkapital des Mutterunternehmens																	Konzern-																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																								
	Eigenkapital des Mutterunternehmens																	Nicht beherrschende Anteile				Summe																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																				
	(Korrigiertes) Gezeichnetes Kapital						Rücklagen											Eigenkapital- differenz aus Währungs- umrechnung	Gewinn- vortrag/ Verlust- vortrag	Konzernjahres- überschuss/ -fehlbetrag, der dem Mutter- unternehmen zuzurechnen ist	Summe	Nicht beherrschende Anteile auf Ertrag steuern beruhen	Auf nicht beherrschende Anteile beruhen	Auf nicht beherrschende Anteile beruhen	Summe																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	Gezeichnetes Kapital		Eigene Anteile		Nicht eingetragene ausstehende Einlagen		Kapitalrücklage		Gewinnrücklagen																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	Stamm- aktien	Vorzugs- aktien	Stamm- aktien	Vorzugs- aktien	Stamm- aktien	Vorzugs- aktien	nach § 272 Abs. 2 Nr. 1-3 HGB	nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	Summe	gesetzliche Rücklage	nach § 272 Abs. 4 HGB	nach sitzungs- mäßige Rücklagen	andere Gewinn- rücklagen	Summe																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
99.110	0	99.110	-2	0	0	0	-2	0	0	0	0	0	0	0	157.226	0	157.226	0	80.377	2.317	339.028																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																					</

	Eigenkapital des Mutterunternehmens													Nicht beherrschende Anteile				Konzern-eigen- kapital Summe												
	(Korrigiertes) Gezeichnetes Kapital						Rücklagen							Eigenkapital- differenz aus Währungs- umrechnung	Gewinn- vortrag/ Verlust- vortrag	Konzernjahres- überschuss/ -fehlbetrag, Mutter- unternehmen zuzurechnen ist	Summe													
	Gezeichnetes Kapital		Eigene Anteile		Nicht eingetragene anteile		Kapitalrücklage		gesetzliche Rücklage	Gewinnrücklagen		Summe																		
	Stamm- aktien	Vorzugs- aktien	Stamm- aktien	Vorzugs- aktien	Stamm- aktien	Vorzugs- aktien	nach § 272 Abs. 2 Nr. 1-3 HGB	nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB		nach § 272 Abs. 4 HGB	nach satzungs- mäßige Rücklagen		andere Gewinn- rücklagen	Summe																
		Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe		Summe	Summe										
Stand am 31.12.2023	99.110	0	99.110	-2	0	-2	0	0	0	99.108	157.226	0	157.226	0	0	0	0	157.226	0	83.048	-2.614	336.768	1.452	0	232		1.684		338.452	
Kapitalerhöhung/-herabsetzung z. B.:																														
Ausgabe von Anteilen	+	0			-	0	0	+	0	0		+	0										+				0		0	
Erwerb/Veräußerung eigener Anteile				-/+	0	-/+	0	-/+	0	0	-/+	0	-/+	0	-/+								-/+				0		0	
Einziehung von Anteilen	-	0	+	+	0	0	0	+	0	0	+	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0				0		0	
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	+	0	0		0	0	0	-	0	0	-	0	0	-	-	-	-	0	0	0	0	0	+				0		0	
Einfordern/Erzahlung bisher nicht eingetragter Einlagen	+	0			+	0	0	+/-	0	0	+/-	+/-	0	+/-	+/-	+/-	+/-	0	0	0	0	0					0		0	
Einstellung in/Einnahme aus Rücklagen																													0	0
Ausschüttung																													0	0
Währungsumrechnung																													-105	-105
Sonstige Veränderungen (Ergebnisvortrag)																													0	0
Änderungen des Konsolidierungskreis	+/-	0	+/-		+/-	0	0	+/-	0	0	+/-	+/-	0	+/-	+/-	+/-	+/-	-2.614	2.614	0	232	0	232		+/-	232	0	0	0	
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag																													-541	-541
																													-20	-4.098
Stand am 31.12.2024	99.110	0	99.110	-2	0	-2	0	0	0	99.108	157.226	0	157.226	0	0	0	0	80.434	-4.078	332.690	1.038	0	0	0	0	-20	1.018	333.708		



**Bestätigungsvermerk
des unabhängigen Abschlussprüfers**

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSS-PRÜFERS

An die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Konzernabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) - bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft. Die unter „SONSTIGE INFORMATIONEN“ genannten Bestandteile des Konzernlageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2024 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der unter „SONSTIGE INFORMATIONEN“ genannten Bestandteile des Konzernlageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Wir haben den folgenden Sachverhalt als den besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt, der in unserem Bestätigungsvermerk mitzuteilen ist:

IDENTIFIZIERUNG UND BEWERTUNG WERTGEMINDERTER FORDERUNGEN AN KUNDEN SOWIE RÜCKSTELLUNGSBEDÜRFTIGER VERBINDLICHKEITEN AUS BÜRGSCHAFTEN UND GEWÄHRLEISTUNGSVERTRÄGEN (EVENTUALVERBINDLICHKEITEN)

Sachverhalt

Im Konzernabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft werden nach Absetzung von Risikovorsorge Forderungen an Kunden von EUR 91,1 Mio. (Vorjahr EUR 64,4 Mio.) und Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen von EUR 26,0 Mio. (Vorjahr EUR 2,2 Mio.) ausgewiesen. Zudem wurden für Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen Rückstellungen in Höhe von EUR 22,2 Mio. (Vorjahr EUR 0,5 Mio.) gebildet. Die Forderungen an Kunden und die Eventualverbindlichkeiten betreffen fast ausschließlich Problemkredite, d. h. Sanierungs- oder Abwicklungsengagements.

Die Identifizierung wertgeminderter Forderungen an Kunden und die darauf basierende Einschätzung zu gegebenenfalls notwendigen Einzelwertberichtigungen der Kredite ist ein wesentlicher Bereich, in dem das Management Ermessensentscheidungen trifft. Des Weiteren unterliegt die Bemessung von Einzelrückstellungen für Eventualverbindlichkeiten Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen.

Das Risiko für den Konzernabschluss liegt darin, dass eventueller Einzelwertberichtigungs und Einzelrückstellungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen bzw. Einzelrückstellungen von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditsicherheiten beeinflusst wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Forderungen an Kunden und Eventualverbindlichkeiten für den Konzernabschluss und insbesondere die Ertragslage von entscheidender Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

Die Angaben der Gesellschaft zur Identifizierung und Bewertung von wertgeminderter Forderungen an Kunden und rückstellungsbedürftigen Eventualverbindlichkeiten sind im Konzernanhang unter dem Kapitel „B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ dargestellt. Im Konzernlagebericht sind Ausführungen

zum Kreditgeschäft und zur Steuerung der Adressenausfallrisiken in den Abschnitten „2.2 Geschäftsverlauf“ sowie „3.2 Chancen-/Risikobericht“ enthalten.

Prüferische Reaktion

Wir haben die Angemessenheit und Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems in Bezug auf die wesentlichen, rechnungslegungsrelevanten Kreditprozesse beurteilt. Im Fokus standen dabei der Prozess der Analyse der Informationen zur finanziellen Lage der Kreditnehmer, der Prozess der Identifikation von wertgeminderten bzw. rückstellungsbedürftigen Engagements sowie die Prozesse der Wertminderungsrechnungen (einschließlich Sicherheitenbeurteilung). Für die relevanten Kontrollmaßnahmen haben wir deren Aufbau bzw. Ausgestaltung gewürdigt und uns vergewissert, dass diese Kontrollen eingerichtet sind. In Folge haben wir uns von der Wirksamkeit der eingerichteten relevanten Kontrollen der BAG Bankaktiengesellschaft stichprobenhaft überzeugt.

Darüber hinaus haben wir auf Basis einer risikoorientierten Auswahl und einer ergänzenden Zufallsstichprobe aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen und die Notwendigkeit und — soweit erforderlich — die Angemessenheit von Einzelwertberichtigungen bzw. Einzelrückstellungen beurteilt. Dabei wurde der Datenbestand der BAG Bankaktiengesellschaft in Hinblick auf vordefinierte Prüfkriterien ausgewertet. In diesem Zuge wurden insbesondere die Höhe und Bewertung der Kreditsicherheiten berücksichtigt.

Im Einzelnen haben wir die wesentlichen Annahmen und Parameter im Rahmen des Wertberichtigungsprozesses nachvollzogen. Dies beinhaltete sowohl die Überprüfung der individuellen Schätzungen zu den erwarteten künftigen Rückflüssen, einschließlich der Rückflüsse aus der Realisierung von Kreditsicherheiten, als auch die Beurteilung, ob eine Inanspruchnahme aus den Eventualverbindlichkeiten droht. Abschließend umfasste unsere Prüfung die rechnerische Richtigkeit der ermittelten Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses und Konzernlageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS UND DEN KONZERNLAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des

Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünft-

tigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie
- erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls

wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- planen wir die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftsbereiche innerhalb des Konzerns einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches

unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄß ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 2. Juli 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 2. Juli 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2023 als Konzernabschlussprüfer der BAG Bankaktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Marcus Moldt.

Düsseldorf, 10. April 2025

BDO AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Zink

Wirtschaftsprüfer

Moldt

Wirtschaftsprüfer



Bericht des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss und Konzernabschluss 2024 der BAG Bankaktiengesellschaft

Der Aufsichtsrat bewältigte im Geschäftsjahr 2024 gemeinsam mit dem Vorstand das zweite Rezessionsjahr in Folge in Deutschland. Für die BAG Bankaktiengesellschaft war das Geschäftsjahr 2024 allerdings insbesondere davon geprägt, im Zuge der Restrukturierung von Primärbanken Kredit- und Immobilienportfolios in erhöhtem Umfang zur weiteren Bearbeitung zu übernehmen. Die Position der BAG Bankaktiengesellschaft als Kompetenzzentrum der genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken für die professionelle Bearbeitung von Problemkrediten und Problemimmobilien wurde hierdurch sowie durch die Zusammenarbeit mit über 50% der zum Verbund gehörenden Institute weiter gestärkt. Die Genossenschaftsbanken kennen den Mehrwert einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der BAG Bankaktiengesellschaft sowie ihrer Dienstleistungsgesellschaften und greifen auf ihr Know-how zurück.

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand der Bank laufend überwacht und beraten. Er befasste sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank und der BAG-Gruppe, dem Risikomanagementsystem, der Planung und dem internen Kontrollsystem. Der Aufsichtsrat hat die Unternehmensstrategie sowie grundsätzliche Fragen der strategischen Weiterentwicklung und deren Umsetzung mit dem Vorstand erörtert. Zudem hat er sich vom Vorstand über die Geschäftspolitik, die Lage und Entwicklung der Bank und des Konzerns, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle regelmäßig und umfassend schriftlich und mündlich unterrichten lassen und hierüber mit ihm beraten. Zwischen den jeweiligen Sitzungszeiträumen erforderliche Beschlüsse wurden im Umlaufverfahren herbeigeführt. Der Vorstand hat zustimmungspflichtige Geschäfte dem Aufsichtsrat stets korrekt vorgelegt.

Der Aufsichtsrat verfügt aufgrund seiner Kenntnisse und Erfahrungen in seiner Gesamtheit über ausreichende Branchen- und Sachkenntnisse sowie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Im Rahmen der Selbstbewertung gem. § 25d Abs. 11 S. 2 Nr. 3 und 4 KWG hat der Aufsichtsrat diese Anforderungen überprüft. Der Aufsichtsrat ist zudem frei von Interessenkonflikten. Die gesetzlichen Anforderungen gem. § 100 Abs. 5 AktG werden erfüllt.

Sitzungen des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2024 fanden vier ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrates statt. Kernthemen dieser Sitzungen waren:

- die Berichterstattung zur wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank und der BAG-Gruppe
- die zusammengefasste Risikoberichterstattung inkl. der Kapitalplanung
- die Erörterung der strategischen Ausrichtung (inkl. der Geschäfts- und Risikostrategie und der Planung für die Folgejahre)
- die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 und Billigung des Konzernabschlusses 2023 sowie die Erörterung wesentlicher Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung
- die Tätigkeitsberichte aus den Ausschüssen
- die regelmäßige Berichterstattung zu den u.a. von den Restrukturierungsbanken übernommenen Kredit- und Immobilienportfolien
- die Bearbeitung der im Zuge der Restrukturierung von Primärbanken übernommenen Kredit- und Immobilienportfolien, wobei sich der Aufsichtsrat mit diesem Kernthema auch im Geschäftsjahr 2025 befassen wird

Ausschüsse des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der BAG Bankaktiengesellschaft hat zwei Ausschüsse eingerichtet, einen Nominierungsausschuss sowie einen Risiko- und Prüfungsausschuss. Dem Risiko- und Prüfungsausschuss obliegt hierbei unter anderem die Überwachung der Abschlussprüfung insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Nichtprüfungsleistungen. Beide Ausschüsse tagten im Geschäftsjahr 2024 jeweils zweimal. Die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden in den jeweils nachfolgenden Sitzungen über Inhalt und Ergebnisse dieser Ausschusssitzungen unterrichtet.

Jahresabschluss

Vertreter der Abschlussprüferin haben an der heutigen Jahresabschlusssitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Im Vorfeld ist das Ergebnis der Prüfung dem Risiko- und Prüfungsausschuss erläutert und von diesem ausführlich erörtert worden. Der Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses hat hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates berichtet.

Der Jahresabschluss für das Jahr 2024 mit Lagebericht und der Konzernabschluss mit Lagebericht – unter Einbeziehung der Buchführung – sind von der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung nach intensiver Befassung und Einsicht in die Berichte der Abschlussprüferin sowie auf Basis der Empfehlung des Risiko- und Prüfungsausschusses zugestimmt und festgestellt, dass keine Einwendungen zu erheben sind. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss hat der Aufsichtsrat heute festgestellt und den Konzernabschluss gebilligt. Ein Vorschlag des Vorstandes zur Verteilung des Bilanzgewinns war nicht erforderlich, da die Bilanz ein ausgeglichenes Ergebnis ausweist und kein Gewinn zur Verteilung bzw. Verwendung zur Verfügung steht.

Personalien

Im Rahmen der ordentlichen Hauptversammlung am 02. Juli 2024, ist nachfolgender Vertreter der Kapitaleseite in den Aufsichtsrat gewählt worden:

- Herr WP Dr. Alexander Leißl, Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V., Hemau

Zudem wurde im Rahmen einer außerordentlichen Hauptversammlung am 14. August 2024 nachfolgende Vertreterin der Kapitaleseite in den Aufsichtsrat gewählt:

- Frau Dipl.-Wirtsch.-Inf. Daniela Bucker, Mitglied des Vorstandes der Atruvia AG, Münster

Herr Dr. Leißl folgte Herrn Siegfried Drexler, der zum 31. Dezember 2023 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war. Frau Bucker trat die Nachfolge von Frau Katja Lewalter-Düssel an, die zum 09. Juli 2024 ihr Aufsichtsratsmandat niedergelegt hatte.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand für die gute, konstruktive und stets vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BAG Bankaktiengesellschaft und des BAG-Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Hamm, den 07. Mai 2025



Daniel Quinten

- Vorsitzender des Aufsichtsrates -